

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 125

NOVEMBER/DEZEMBER 1996

DM 1,-

Blutige Ernte des schmutzigen Krieges gegen UdSSR

Afghanistan: die Hölle für Frauen



Die Zeit

Kabul: Frauen dürfen sich nur von Kopf bis Fuß verschleiert auf die Straße wagen

Am 27. September fiel Kabul, die Hauptstadt Afghanistans, an die islamisch-fundamentalistische Taliban-Miliz. Vier Jahre Schreckensherrschaft einer „Koalition“ sich befühender Fraktionen der reaktionären islamischen Mudschaheddin („heilige Krieger“) hatten Kabul schon Hungersnot und Verwüstung gebracht. Nun sind die Taliban-Killer dabei, blutige Rache zu nehmen an jeglichen Resten sozialen Fortschritts, die ihre blutrünstigen Vorgänger übersehen hatten. Zu ihren ersten Opfern gehörte Najibullah, der prosovjetsche Präsident Afghanistans, den die Mudschaheddin 1992 gestürzt hatten; er wurde aus seinem Zufluchtsort im Gebäudekomplex der Vereinten Nationen verschleppt, zusammengeschlagen, erschossen und aufgehängt; seine Leiche hing mehrere Tage am Straßenrand. Ein Mitglied von Kabuls Taliban-Rat rechtfertigte diese bestialische Greueltat und wettete: Najibullah „war gegen den Islam. Er war ein Krimineller, und er war Kommunist.“

Ohne Zweifel sind Afghanistans elendig unterdrückte Frauen die hauptsächlichsten Opfer der Konsolidierung der is-

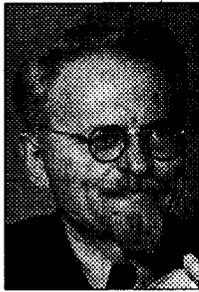
lamisch-fundamentalistischen Reaktion nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 gewesen. Zwar hat der Bürgerkrieg jetzt wieder angefangen – wobei auf ethnischen Gruppen basierende Milizeinheiten, Unterstützer des ehemaligen Mudschaheddin-Regimes, eine Offensive gegen Taliban-Stellungen vor Kabul gestartet haben –, doch alle konkurrierenden Kräfte sind zutiefst reaktionär.

Eine der ersten Maßnahmen der Taliban nach ihrer Machtergreifung in Kabul war es, Frauen von allen Arbeitsplätzen auszuschließen; sie schlossen alle Mädchenschulen und befahlen den Frauen, zu Hause in Purdah (sozialer Isolation) eingesperrt zu bleiben und nur in

Begleitung eines Mannes auf die Straße zu gehen. Als Ergebnis haben inzwischen fast alle Schulen den Lehrbetrieb eingestellt, denn 75 Prozent des Lehrpersonals sind Frauen, die überwiegend in den 80er Jahren während der sowjetischen Militärpräsenz ausgebildet wurden. Auch Krankenhäuser und Waisenhäuser, deren Personal hauptsächlich aus Frauen bestand, stürzten ins Chaos. Da das weibliche ärztliche Personal wegfällt und die Behandlung von Frauen durch männliche Ärzte mit einem Tabu belegt ist, haben die Fundamentalisten ein Todesurteil über zahllose Frauen und Mädchen gefällt. Die haßerfüllte Terrororgie der Taliban gegen alle Frauen setzt den i-Punkt auf das Programm der sozialen Reaktion, das die Mudschaheddin-Killer durchführten, als sie vor vier Jahren an die Macht kamen: Sie führten wieder die Steinigung von Frauen bei Ehebruch und „Unanständigkeit“ ein, gleichzeitig unterwarfen sie die gesamte Bevölkerung einem Regime von Terror und Plünderung. Der deutsche Imperialismus und

Fortgesetzt auf Seite 8

Permanente Revolution und der Kampf gegen Imperialismus



TROTZKI

In den vergangenen Jahren haben die westlichen und japanischen Imperialisten ihre Ausbeutung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verschärft. In der Epoche des Imperialismus können die Errungenschaften, die mit den bürgerlich-demokratischen Revolutionen im 18. und 19. Jahrhundert verbunden waren, in diesen rückständigen Ländern nicht mehr von deren einheimischen Borgeoisien erkämpft werden. Bürgerliche Nationalisten in der „Dritten Welt“, seien es rechtsgerichtete Schlächter wie Suharto in Indonesien oder Liberale wie Nelson Mandela in Südafrika, fungieren als politische Agenten der imperialistischen Bankiers und Industriellen. Wie Trotzki in seiner Theorie der permanenten Revolution erklärte, können die Arbeiter und Bauern der kolonialen und halbkolonialen Länder wahrhaftige nationale Unabhängigkeit und sozialen und ökonomischen Fortschritt nur durch proletarische sozialistische Revolution und deren Ausweitung auf die imperialistischen Zentren erlangen.



LENIN

Die permanente Revolution in dem Sinne, den Marx diesem Begriff gegeben hat, bedeutet eine Revolution, die sich mit keiner Form der Klassenherrschaft abfindet, die bei der demokratischen Etappe nicht haltmacht, zu sozialistischen Maßnahmen und zum Krieg gegen die Reaktion von außen übergeht, also eine Revolution, deren jede weitere Etappe in der vorangegangenen verankert ist und die nur enden kann mit der restlosen Liquidierung der Klassengesellschaft überhaupt...

Der Begriff der permanenten Revolution ist aufgestellt worden von den großen Kommunisten der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, von Marx und dessen Gesinnungsgenossen, als Gegensatz zu jener demokratischen Ideologie, die bekanntlich darauf pocht, daß alle Fragen friedlich, auf reformistischem oder evolutionärem Wege gelöst werden könnten durch Errichtung des „vernünftigen“ oder demokratischen Staates. Die bürgerliche Revolution von 1848 betrachtete Marx als die unmittelbare Einleitung zur proletarischen Revolution. Marx „irrte“. Doch sein Irrtum hatte einen faktischen, keinen methodologischen Charakter. Die Revolution von 1848 ist nicht in die sozialistische Revolution übergegangen. Aber eben deshalb hat sie die Demokratie auch nicht vollendet. Was die deutsche Revolution von 1918 betrifft, so ist sie keine demokratische Vollendung der bürgerlichen Revolution: es ist eine von der Sozialdemokratie enthauptete proletarische Revolution: richtiger gesagt, es ist die bürgerliche *Konterrevolution*, die nach dem Sieg über das Proletariat gezwungen ist, pseudo-demokratische Formen zu bewahren.

Leo Trotzki,
Die permanente Revolution, 1930

Die Revolution von 1848 ließ bereits nach einigen Monaten erkennen, daß gerade unter entwickelteren Verhältnissen keine der bürgerlichen Klassen mehr die Revolution zu Ende führen kann: Die Groß- und Mittelbourgeoisie ist zu eng mit dem Grundbesitz verbunden und durch Furcht vor den Massen zusammengescheißt, das Kleinbürgertum ist allzu gespalten und in seinen führenden Schichten zu stark von der Großbourgeoisie abhängig. Wie die gesamte spätere Entwicklung in Europa und Asien zeigte, kann die bürgerliche Revolution für sich genommen überhaupt nicht mehr verwirklicht werden. Die völlige Säuberung der Gesellschaft vom feudalen Gerümpel ist nur unter einer Bedingung denkbar, nämlich wenn das Proletariat, vom Einfluß der bürgerlichen Parteien befreit, imstande ist, an die Spitze der Bauernschaft zu treten und seine revolutionäre Diktatur aufzurichten. So verpflichtet sich die bürgerliche Revolution mit der ersten Etappe der sozialistischen Revolution, um im weiteren Verlauf in dieser aufzugehen. Die nationale Revolution wird damit ein Glied der internationalen Revolution. Die Umgestaltung der ökonomischen Grundlagen und aller gesellschaftlichen Verhältnisse erfolgt ohne Unterbrechung, nimmt permanenten Charakter an.

Für die revolutionären Parteien der zurückgebliebenen Länder Asiens, Lateinamerikas und Afrikas ist es eine Lebensfrage, den organischen Zusammenhang der demokratischen Revolution mit der Diktatur des Proletariats – und dadurch mit der internationalen sozialistischen Revolution – zu begreifen.

Leo Trotzki,
„Neunzig Jahre ‚Kommunistisches Manifest‘“, 1938

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion),
Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs,
Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Vertrieb), Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der
Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 125

November/Dezember 1996

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Stoppt die Abschiebung der Flüchtlinge vom Balkan!

Nachfolgend drucken wir die Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 16. November 1996 ab.

Ab dem 1. Oktober sind alle Kriegsflüchtlinge aus den verwüsteten Gebieten von Ex-Jugoslawien, besonders aus Bosnien, durch die Innenministerkonferenz der Bundesländer der BRD zum Freiwild erklärt worden. Sie sollen zurück in ihre vermeintliche Heimat abgeschoben werden. Dies betrifft über 320 000 Menschen. Hinzu kommen 130 000 Flüchtlinge aus Serbien, hauptsächlich Albaner aus Kosovo, die vertrieben werden sollen. Eine derartige Massenabschiebung hat es in Deutschland zuletzt im Dritten Reich

Bundeswehr raus aus dem Balkan!

gegeben, als vor allem Juden und Roma in Viehwaggons der Reichsbahn nach Auschwitz und in andere Todeslager abtransportiert wurden. Diesmal soll es per Flugzeug und Bus innerhalb weniger Monate ablaufen: Abschiebung jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, nach Bosnien, wo der Durchschnittslohn bei DM 100 pro Monat liegt, die Arbeitslosigkeit 80 Prozent beträgt und 60 Prozent der Häuser und Wohnungen zerstört sind. Das Komitee für soziale Verteidigung, zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, fordert: Sofortiger Abschiebungsstopp! Asyl für alle, die es hierher geschafft haben! Lernt von den Fluglotsen und Flughafenarbeitern in Paris, die sich weigerten, bei Abschiebungen mitzumachen, nachdem in Paris die Polizei die von Immigranten besetzte Kirche St. Bernard gestürmt hatte. Für Arbeiterstreiks und Massenaktionen, um die Abschiebungen zu verhindern!

Als erste Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden die Roma abgeschoben. In diesem System, das auf Kapitalismus und Nationalismus basiert, werden die Roma als Volk ohne Nationalstaat gezwungenermaßen immer Pogromen und Völkermord ausgesetzt. Eine sozialistische Revolution wird notwendig sein, um diesem Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Verteidigt die Roma!

Das baden-württembergische Innenministerium hat 2000 sogenannte bosnische Flüchtlinge aufgefordert, sofort in die Region Bihac zurückzukehren. Auch in der Hauptstadt Berlin ist geplant, ab Ende Oktober abzuschicken, wo mehr als die Hälfte der 36 000 bosnischen Flüchtlinge moslemische Roma sind. Sie kommen überwiegend aus dem heute serbischen Teil Bosniens, werden aber aufgefordert, sich in dem moslemischen Teil anzusiedeln. Wie der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Tilman Zülch feststellte, unterstütze der Berliner Innensenator „Schönbohm die ethnische Säuberung Bosniens“ (*Frankfurter Rundschau*, 6. November). Alle Bundesländer außer Berlin und Bayern wollen mit der Massenabschiebung im kommenden Frühjahr beginnen, dann aber, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthiesen in Nordrhein-Westfalen droht, werde es „keine Hinhaltetaktik und keine Atempause geben“.

Vor 80 Jahren löste der deutsche Imperialismus über eine Krise auf dem Balkan den Ersten Weltkrieg aus. Im Zweiten Weltkrieg wurden unter der Nazibesetzung fast zwei Millionen Serben, Juden und Roma massakriert. Mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der UdSSR ist das Bündnisystem des Kalten Krieges aus-

einandergelassen. Die aktuellen Machenschaften zum Balkan sind ein Vorbote von sich verschärfenden zwischen-imperialistischen Rivalitäten, deren Logik auf einen atomaren dritten Weltkrieg hinausläuft. Die blutigen nationalistischen Kriege, durch die der mutationale deformierte Arbeiterstaat Jugoslawien zerrissen wurde, hat gerade Deutschland durch seine schnelle Anerkennung von Slowenien und Kroatien gefördert. Jetzt kündigen Außenminister Kinkel und Kriegsminister Rühle eine qualitative Steigerung der Bundeswehrpräsenz in Ex-Jugoslawien durch noch mehr Bodentruppen an. Und die Valuta franca des Balkans ist schon die D-Mark. Wir fordern: Bundeswehr, UNO, NATO raus aus dem Balkan!

In der „Festung Europa“ tanzen die meisten Regierungen nach der Pfeife des Vierten Reiches und setzen Kurden mit „Terroristen“ gleich, verfolgen sie mit Verhaftungen und dem Verbot ihrer Vereine und schieben sie zu Folter und Tod in die Türkei ab. Am 18. September drang die politische Polizei mehrerer europäischer Länder in die Büros des kurdischen MED-TV-Senders ein und stürmte sogar das Büro des kurdischen Exilparlaments in Brüssel. Jetzt führt der Bundestag den Vernichtungskrieg Ankaras gegen die Kurden weiter und verabschiedete eine Fülle von Gesetzen, die die Abschiebung von Immigranten und Flüchtlingen erleichtert und beschleunigt. Danach werden *alle* wegen *schweren Landfriedensbruchs* angeklagt, die an einer verbotenen Demonstration teilnehmen und zum Beispiel nicht so schnell verschwinden, wie es die Polizei gern hätte. Die sofortige Abschiebung der aufgrund solcher Anklagen verurteilten Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, wäre *zwingend vorgeschrieben*, was jede Berufung gegen das Urteil oder die Berücksichtigung, was mit ihnen bei der „Rückkehr“ geschehen wird, ausschließt. Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine! Nieder mit den rassistischen „Ausländergesetzen“! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Die Botschaft an Immigranten und Flüchtlinge ist klar: Die Bourgeoisie von Auschwitz führt das Programm der Faschisten – „Ausländer raus“ – durch. Diejenigen, die es überhaupt schaffen, in Deutschland zu bleiben, sehen das Beispiel von Safwan Eid in Lübeck. Erst wurden zehn Flüchtlinge durch einen Brandanschlag umgebracht. Danach beschützt der Staat Verdächtige mit faschistischen Verbindungen und macht statt dessen einem der Bewohner des Wohnheims den Prozeß. Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Richter! Einstellung aller Verfahren gegen Safwan Eid!

Ein Großteil der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sind Familienangehörige der Arbeiter, die seit Jahren zusammen mit den türkischen und kurdischen Arbeitern eine strategische Stellung in den Schlüsselbetrieben haben. Der rassistische Staatsterror gegen Flüchtlinge und das Verbot linker türkischer Organisationen, der PKK und anderer kurdischer Vereine dienen zur Einschüchterung des besonders kämpferischen Teils der Arbeiterklasse und als Rammbock für Sozialraub. Die organisierte Arbeiterbewegung einschließlich ihres strategisch wichtigen Bestandteils von Immigranten hat die Macht, die demokratischen Rechte aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß jetzt mobilisiert werden, um die Abschiebungen der Flüchtlinge vom Balkan zu stoppen! ■

Sabos Gericht: Rassistische „Justiz“ in Aktion

Zeugin für Mumia im Gericht verhaftet

Am 1. November wies der Henker-Richter Albert Sabo die überwältigenden Beweise der Zeugin Veronica Jones zurück, die die Unschuld des in der Todeszelle sitzenden schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal beleuchten. Veronica Jones wurde bereits bei der Anhörung am 1. Oktober als Vergeltung für ihre Zeugenaussage von

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Richter Sabo aus dem Zeugenstand gezerrt und ins Gefängnis geworfen. Als Augenzeugin bei der Erschießung des Polizeibeamten Daniel Faulkner 1981 in Philadelphia, für die Jamal mit abgekarteten Anklagen zum Tode verurteilt wurde, sagte sie unter Eid aus, wie sie damals von der Polizei dazu gezwungen wurde, ihren Augenzeugenbericht zurückzuziehen, in dem sie ausgesagt hatte, daß sie zwei Männer habe weglaufen sehen. Nachdem die stellvertretende Bezirksstaatsanwältin Arlene Fisk zwei Stunden lang auf Jones herumgehackt hatte, erklärte Fisk: „Ich verspreche Ihnen, ich werde Sie einlösen.“ Sekunden später wurde Jones, noch unter Eid, wegen eines Haftbefehls verhaftet, *der vor mehr als zwei Jahren in New Jersey* aufgrund der Anschuldigung von angeblichem Scheckbetrug ausgestellt worden war. Jones wurde bis in die frühen Morgenstunden des 2. Oktober gefangengehalten und schließlich um 5.00 Uhr *gegen eine Kaution von 10 000 Dollar* freigelassen.

Jones, eine schwarze Mutter von drei Kindern, hatte sich bereit erklärt, an der zusätzlichen Anhörung zur Beweisaufnahme für Jamal teilzunehmen, die vom Obersten Gerichtshof Pennsylvanias aufgrund eines Berufungsantrags der Verteidigung angeordnet worden war. Auf die Frage, warum sie jetzt hervortreten sei, sagte Jones, sie wolle nicht, daß ihre Enkelkinder „denken, ihre Großmutter lebe mit einer Lüge“. Jones beschrieb in ihrer ersten Zeugenaussage zu Jamals Fall seit der ursprünglichen Gerichtsverhandlung von 1982, wie sie nur wenige Tage vor Jamals Prozeß in dem Gefängnis, wo sie wegen eines Schwerverbrechens unter Anklage stand, Besuch von Polizeidetektiven aus Philadelphia bekam und mit Drohungen dazu gebracht wurde, ihren Augenzeugenbericht zurückzuziehen. Jones erhielt später Bewährung bei einer Anklage, auf die bis zu 15 Jahre Gefängnis stand.

Jones sagte den Anwesenden: „Ich sollte Mr. Jamal als den Schützen benennen.“ Sie weigerte sich, eine derartige Erklärung abzugeben, zog aber ihren ursprünglichen, wahren Bericht zurück, um einer Gefängnisstrafe zu entgehen. Mit schmerz erfüllter Stimme sagte sie: „Es war eine schwere Entscheidung, aber es ging um fünf oder zehn Jahre Trennung von meinen Kindern.“ Als die stellvertretende Staatsanwältin ihr mit der Verhaftung drohte, antwortete Jones: „Sie denken, daß mich das dazu bringt, meine Darstellung zu ändern. Das wird nicht geschehen.“

Jamals Hauptverteidiger Leonard Weinglass erklärte auf einer anschließenden Pressekonferenz vor dem Rathaus, wie Veronica Jones „ausgesagt hat, um nach 14 Jahren mutig und aufrecht die Wahrheit zu sagen, und ihr im Gerichtssaal eine Falle gestellt wurde“. Was Jones passiert ist, sagte Weinglass, veranschaulicht die fortwährende „Ein-

schüchterung und Zwangsausübung gegenüber den Zeugen, die zugunsten von Mumia Abu-Jamal ausgesagt haben. Es ist auf der Polizeiwache passiert. Und heute konnte man es offen im Gerichtssaal sehen“.

Von dem Moment an, als Jones am 1. Oktober in den Zeugenstand trat, wurde sie durch Richter Sabo und die stellvertretende Staatsanwältin Fisk mit einer Flut von Drohungen und Bezeichnungen überzogen. Die Ankläger gruben eine acht Jahre alte Anschuldigung aus, daß Jones mehrere Monate gearbeitet hätte, während sie Sozialhilfe für ihre drei Kinder bezog, und bezichtigten Jones in bösartiger Weise, „den Staat New Jersey zu bestehlen“. Nachdem Jones diese grobe Mißhandlung länger als eine Stunde geduldig ertragen hatte, erwiderte sie ihren Anklägern: „Jetzt sitze ich auf der Anklagebank. Dieses Gericht dient nicht der Gerechtigkeit.“

Sabo, der jeden Einspruch der Verteidigung gegen die empörende Drangsalierung von Jones ablehnte, drohte Jamals Anwälten mit der Entfernung aus dem Gericht. Sabo schrie die Anwältin Rachel Wolkenstein an, sie solle „das Maul halten“, und drohte ihr, sie aus dem Gericht zu entfernen – als Reaktion auf Anträge der Verteidigung zur Offenlegung von Gefängnisakten aus der Zeit, als Jones 1982 inhaftiert war.

Die Zeugenaussage von Veronica Jones liefert überzeugende neue Beweise für die Übergriffe der Ankläger und die Zwangsmaßnahmen der Polizei gegen Augenzeugen der Erschießung von Faulkner – Maßnahmen, die eingesetzt wurden, um Jamal die Tat anzuhängen. Gegen Sabos Ablehnung von Jones' Zeugenaussage wird vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania Berufung eingelegt, als Teil des Berufungsantrags gegen Sabos Entscheidung im letzten Sommer. Wie Wolkenstein, Mitglied von Jamals Verteidiger-Team und Anwältin des Partisan Defense Committee, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung, auf der Pressekonferenz am 1. Oktober erklärte: „Wir haben einen unschuldigen Menschen, der in der Todeszelle sitzt, einen unschuldigen Menschen, dem die Tat von der Polizei und den Anklägern angehängt wurde. Seit Mumia 15 Jahre alt war, wurde er vom FBI Tag für Tag überwacht, ein Teil des COINTELPRO-Programms, das das FBI hatte... Jeden Tag haben Sabo und die Ankläger klagemacht, daß es für Jamal unmöglich ist, in der Stadt Philadelphia einen fairen Prozeß zu bekommen. Unsere schriftlichen Eingaben fordern nicht nur einen neuen Prozeß, sie fordern seine Freiheit aufgrund der langen Geschichte von Übergriffen der Ankläger.“

Spendet für Jamals Rechtsverteidigung auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal“.



^{AP}
Veronica Jones: Im Gerichtssaal verhaftet, weil sie die Wahrheit sagte

Schluß mit der Hexenjagd gegen DDR-Bürokraten und Grenztruppen!

Nachfolgend drucken wir ein Spartakist-Flugblatt vom 19. November ab.

Nachdem das von der SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach geführte Bundesverfassungsgericht am 12. November die „Rechtmäßigkeit“ der Verurteilung von „DDR-Unrecht“ bestätigte, wurde zunächst der ehemalige Kommandeur der DDR-Grenztruppen, Klaus-Dieter Baumgarten, verhaftet. Tags darauf erließ das Berliner Landgericht Haftbefehl gegen die vier ehemaligen Mitglieder des SED-Politbüros, den Honecker-Nachfolger Egon Krenz, Günther Kleiber, Horst Dohls und sogar gegen den „Maueröffner“ Günther Schabowski. Massenprozesse gegen „mehrere hundert Verdächtige“ der Nationalen Volksarmee sollen folgen. Außerdem sollen die 1993 im Honecker-Prozeß verurteilten Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, darunter Heinz Keßler, ins Gefängnis geworfen werden. Wir Spartakisten fordern: Hände weg von den Ex-DDR-Bürokraten und den Grenzschützern! Sofortige Freilassung von Klaus-Dieter Baumgarten!

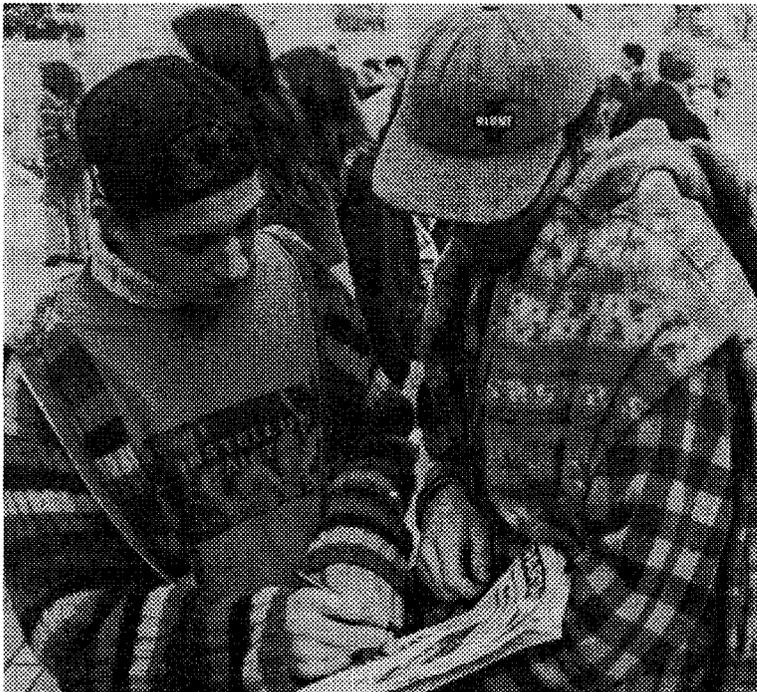
Die antikomunistische Hexenjagd des Vierten Reichs wird wieder angefacht, diesmal zu einem Zeitpunkt, wo die deutsche herrschende Klasse angetreten ist, die erkämpften Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zerschlagen; wo die Bonner Regierung mit Unterstützung der SPD Massenabschiebungen von Bosniern beschließt (während Kriegsminister Rühle die Verstärkung des deutschen Heeres auf dem Balkan plant); und wo das „Ausländer“gesetz ein weiteres Mal verschärft wird. Gleichzeitig wurde die RAF-Anhängerin Birgit Hogefeld, die in Bad Kleinen den hinterhältigen Anschlag der GSG-9 überlebt hat, zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Und in Lübeck steht Safwan Eid, eines der Opfer des faschistischen Mordanschlags, selbst vor der rassistischen Klassen„justiz“.

Die Stalinisten waren eine parasitäre Kaste, die sich auf die proletarischen Eigentumsformen eines deformierten Arbeiterstaates stützten und dabei durch bürokratische Polizeistaatsmaßnahmen ein politisches Machtmonopol über die Arbeiterklasse ausübten. Aber die Stalinisten werden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt! Für die deutsche Bourgeoisie, die selber mit Polizeistaatsmethoden bestens vertraut ist, besteht das wirkliche Verbrechen der stalinistischen Führer der ehemaligen DDR darin, daß sie den militärischen Sieg der Roten Armee symbolisieren, der in einem Drittel des besiegten imperialistischen Deutschlands zur Enteignung des Kapitalismus führte. Weil die Mauer eine Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft der DDR darstellte, wenn auch auf eine bürokratische Weise, haßte die Bourgeoisie sie, und deswegen verteidigten wir Trotzlisten die Mauer. Jetzt bezichtigt hochmütig die gleiche herrschende Klasse, die aus Furcht vor einer Arbeiterrevolution 1933 die Nazis an die Macht brachte – damit diese brutal alle Arbeiterorganisationen durch Staatsterror und paramilitärische Gewalt zerschlagen konnten –, die Überbleibsel des bankrotten Stalinismus des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“!

Wir Spartakisten haben die DDR gegen die Imperialisten verteidigt, während wir für die sozialistische Revolution in Westdeutschland und für die proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie und für die Errichtung einer Regierung von Arbeiter- und Soldatenräten gekämpft haben. Dem selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs gelang der Anschluß der ehemaligen DDR nur aufgrund des Zusammenbruchs des bankrotten Stalinismus und weil Gorbatschow den 350000 Sowjetsoldaten die Hände band, die der NATO gegenüberstanden. Die SED/PDS stand schließlich an der Spitze der Konterrevolution,

Fortgesetzt auf Seite 19

Spartakist grüßt alle neuen Leser!



Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	165	170,5	103
Halle	40	64	160
Hamburg	70	87,5	125
Auf Entfernung	15	3	20
Gesamt	290	325	112

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (6 Ausgaben): DM 5,-
 - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin

Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/M., BLZ 50010060

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

In den USA und international hat die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) unter der Losung „US-Imperialismus: Blutige Hände weg vom Irak!“ Proteste gegen Clintons mörderische Bombardierung des Irak initiiert und mitgetragen. An der Berliner Humboldt-Uni war eine zentrale Losung der Spartakist-Jugend: „Viertes Reich: Pate des Völkermords an den Kurden!“ Auf diesen Demonstrationen und in Protestflugblättern, die von verschiedenen nationalen Sektionen der IKL herausgegeben wurden, war eine unserer zentralen Forderungen: „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!“

Die im Nahen Osten lebenden 25 bis 30 Millionen Kurden sind weltweit die größte Nation ohne einen eigenen Staat. Seit dem Untergang des türkischen Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg ist das kurdische Volk unter hauptsächlich vier Ländern aufgeteilt: der Türkei, Syrien, Iran und Irak, und darüber hinaus sind Kurden in geringer Zahl über die kaukasischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion verstreut. Daher kann die Verwirklichung eines unabhängigen Kurdistans nicht innerhalb eines kapitalistischen Rahmens erreicht werden, sondern macht den revolutionären Sturz von vier verschiedenen kapitalistischen Mächten dieser Region erforderlich. Zwar sind die Bourgeoisien des Nahen Ostens die unmittelbaren Unterdrücker des kurdischen Volkes; aber Selbstbestimmung für die Kurden kann es nur im Kampf gegen jede imperialistische Intervention in dieser Region geben. *Die verschiedenen imperialistischen Mächte – heute zuallererst der US-Imperialismus – sind die Hauptfeinde der kurdischen Unabhängigkeit.*

Immer wieder haben die Imperialisten das kurdische Volk für ihre Großmachtziele wie Schachfiguren benutzt und sind den Kurden dabei wiederholt in den Rücken gefallen. Clintons Cruise-missile-Angriffe auf den südlichen Irak waren angeblich eine Vergeltung für den Vorstoß irakischer Truppen in das „autonome“ Kurdengebiet im nördlichen Landesteil. Doch Washingtons Behauptung, als „Beschützer“ des kurdischen Volkes zu handeln, trieft nur so von Zynismus und Heuchelei. Der Sprecher des US-Außenministe-

riums Peter Tarnoff hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß die USA „weiterhin entschieden gegen die Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staates sind“ (*New York Times*, 4. September). Diese Position wird von allen imperialistischen Mächten geteilt, die ein diktatorisches Regime nach dem anderen an die Macht gebracht und mit Waffen ausgerüstet haben mit dem Ziel, jeden kurdischen Kampf niederzuschlagen, der die bürgerliche Herrschaft im Nahen Osten „destabilisieren“ könnte. Das türkische Regime, das einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk und die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) führt, ist sowohl vom deutschen als auch vom US-Imperialismus bis an die Zähne bewaffnet worden.

Der letzte US-Angriff auf den Irak erfolgte, nachdem Einheiten von Saddam Husseins Armee am 31. August in die kurdische Stadt Erbil einrückten, um die Kurdische Demokratische Partei (KDP) in deren Fehde mit der rivalisierenden Patriotischen Union Kurdistans (PUK) zu unterstützen, die ihrerseits zur Zeit von Tausenden iranischen Soldaten im nördlichen Irak unterstützt wird. Auch wenn die amerikanische Regierung sowohl den Iran als auch den Irak als „terroristische Staaten“ einstuft, drückte sie bei der iranischen Intervention ein Auge zu, während sie zur „Bestrafung“ des Irak in Aktion trat. Während des Iran-Irak-Kriegs in den 80er Jahren bewaffneten die USA abwechselnd beide Seiten, selbst als Saddam Hussein und das Ajatollah-Regime in Teheran blutige Massaker an den Kurden innerhalb ihrer eigenen Grenzen durchführten.

Inzwischen haben die feudalistischen und kleinbürgerlich-nationalistischen Irreführer von der KDP und der PUK zum wiederholten Mal den nationalen Kampf der Kurden zugunsten einer kurzlebigen und illusorischen Unterstützung seitens der Imperialisten oder deren regionale Lakaien geopfert. Heute sagt PUK-Führer Jalal Talabani, er sei pro-amerikanisch, und verbündet sich gleichzeitig mit dem Iran, während die KDP von Massud Barsani auf das baathistische Regime von Saddam Hussein setzt. Doch viele Jahre lang war Barsanis Vater Mustafa, der Gründer der KDP, eine

Diskussionsreihe der Spartakist-Jugend

Für eine leninistische Partei! Für sozialistische Weltrevolution!

Berlin

12. Dezember 1996

Marxismus kontra Anarchismus

9. Januar 1997

Wie der Stalinismus die Spanische Revolution erdrosselte, wie die POUM dies geschehen ließ.
Video: *Land und Freiheit*

jeweils 18.00 Uhr, Humboldt-Uni
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 111

Leipzig

27. November

Marxismus kontra Anarchismus

11. Dezember 1996

Zerschlagt die Faschisten durch
Arbeiter/Immigrantenmobilisierung

jeweils 18.00 Uhr, Werk II, 1. Stock
Kochstraße 132
(Straßenbahn Connewitzer Kreuz)

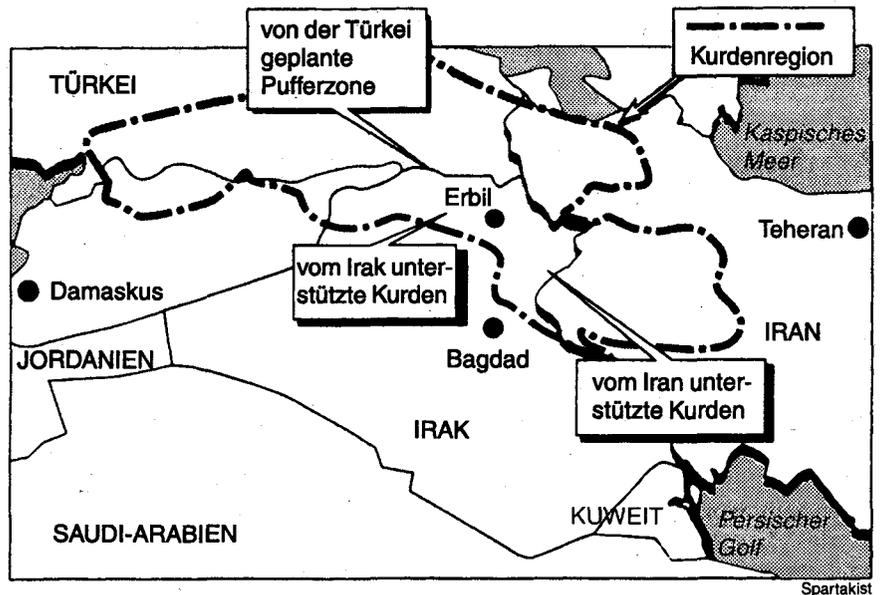
Für weitere Informationen und Diskussionstexte: Berlin (030) 443 94 00, Halle (0345) 2 02 90 55

Haupt„stütze“ der CIA. Des weiteren stellen sich sowohl die PUK als auch die KDP während des unter Führung der USA erfolgten imperialistischen Angriffs auf den Irak 1991 auf die Seite Washingtons und traten in den von der CIA geförderten irakischen Nationalkongreß ein. Es stimmt, daß die gegenwärtige Regierung des Irak ein Feind des kurdischen Volkes ist – und das gilt auch für alle ihre Vorläufer, alle benachbarten bürgerlichen Regime und alle imperialistischen Mächte. Ein von den USA eingefädelter Sturz des baathistischen Regimes in Bagdad würde nicht im geringsten den Rechten des kurdischen Volkes nützen, sondern eine ebenso mörderische und vielleicht noch gefügigere Diktatur an die Macht bringen.

Die mörderischen Kämpfe zwischen der KDP und der PUK im Bündnis mit dem Imperialismus und den regionalen Unterdrückern des kurdischen Volkes unterstreicht die Notwendigkeit eines *revolutionären internationalistischen Kampfes* der kurdischen Massen. Doch selbst sich marxistisch nennende kurdische Gruppen wie die Arbeiterkommunistische Partei im Irak und Iran (AKP-Irak und -Iran) gehen von der gleichen Logik aus, die da sagt: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“ Daher appelliert die AKP an die UNO – eine imperialistische Räuberhöhle –, sie solle Saddams Husseins Regime bekämpfen.

Einen Tag bevor Clinton mit seinen Terrorangriffen anging, rief die AKP zu internationalen Protestaktionen vor den UN-Büros gegen Saddams Husseins Einmarsch in Erbil auf. Ein Flugblatt der AKP-Exilgruppe in Australien forderte „den sofortigen Rückzug der Streitkräfte des Baath-Regimes“ und rief dazu auf, „diese Forderungen der UNO aufzudrängen“. Trotz des Anspruchs des Flugblatts, gegen eine „US/UN-Intervention“ zu sein, konnte das nur einen Aufruf an die UNO bedeuten, gegen den Irak vorzugehen. Zur gleichen Zeit trug die AKP bei einem Protest in London am 6. September Plakate mit der Aufschrift: „Wir verurteilen den militärischen Angriff der USA auf den Irak“, während sie gleichzeitig die UNO in einem Brief inständig darum bat, „der Arroganz der Vereinigten Staaten ein Ende zu setzen“. Gerade unter dem Feigenblatt der UNO haben die USA in den letzten sechs Jahren eine brutale Hungerblockade gegen den Irak durchgesetzt, und unter der Fahne der UNO wurde das blutige Gemetzel am irakischen Volk 1991 durchgeführt. Zwar verurteilt die AKP heute die amerikanischen Raketenangriffe, aber 1991 weigerte sie sich, für die Verteidigung des Irak gegen den US/UN-Imperialismus eine Seite zu beziehen.

Diesen widersprüchlichen Positionen liegt das stalinistische Dogma von der „Revolution in zwei Etappen“ zugrunde, in dem die AKP geschult ist: Das Ziel der sozialistischen Revolution wird auf die ferne Zukunft verschoben, und statt dessen hält man Ausschau nach „progressiven“ kapitalistischen und imperialistischen „Verbündeten“, die ihnen dabei helfen sollen, eine bürgerlich-demokratische Revolution für die nationale Unabhängigkeit zu erreichen. Dieses Etappenmodell ist überall eine Sackgasse, aber es ist besonders im Fall von Kurdistan zum Scheitern verurteilt: Das kurdische Volk kann eine Eigenstaatlichkeit nur durch die Zerschlagung von vier reaktionären bürgerlich-nationalistischen Regimen erreichen. Der kleinbürgerliche Nationalismus der AKP jedoch hält es davon ab, eine solche Perspektive zu verfolgen. So konzentriert sich ihr in Australien herausgegebenes Flugblatt ausschließlich auf die verzweifelte Lage der Kurden im Irak und vermeidet jeden Hinweis auf die völkermörderische Kampagne des türkischen Regimes gegen die Kurden in der



Türkei. Außerdem ist Kurdistan eine fürchterlich verarmte Bergregion ohne ein Industrieproletariat – oder eine Bourgeoisie – in nennenswerter Zahl. Tatsächlich beruhen die internen Machtkämpfe zwischen der KDP und der PUK auf einem Gerangel um die Kontrolle über die „Steuer“einnahmen aus dem Schmuggel mit Mineralöl und Zigaretten, einer Haupteinkommensquelle in diesem Gebiet.

Die treibende Kraft beim Kampf um die kurdische Unabhängigkeit ist in dem Proletariat der Länder zu finden, von denen die Kurden unterdrückt werden. Die Arbeiter der Türkei, Syriens, des Irans und Iraks haben ihre eigene Rechnung mit ihren Ausbeutern zu begleichen. Es gab auch eine ziemlich große kurdische Arbeiterklasse, die eine Geschichte von militanten Kämpfen in den Ölfeldern von Kirkuk und anderen strategischen Zentren hat. Doch im großen und ganzen ist das kurdische Proletariat in solchen Industriezentren wie Bagdad und Istanbul zu finden, ebenso in den Kohlrevieren der nördlichen Türkei, und mit einer starken Konzentration in Deutschland. Diese Arbeiter können eine lebende Brücke zwischen dem kurdischen Kampf um Unabhängigkeit und dem Kampf für die sozialistische Revolution im Nahen Osten sein und für die Ausweitung der proletarischen Revolution auf das imperialistische Kernland von Westeuropa kämpfen. Wie wir kurz nach dem Golfkrieg von 1991 in unserem Artikel „Kurdish Struggle: Near East Flashpoint“ (Kampf des kurdischen Volkes: Brennpunkt des Nahen Ostens – *Workers Vanguard* Nr. 527, 24. Mai 1991) bemerkten: „Als Teil des multinationalen Proletariats dieser Region können die Kurden eine führende Rolle dabei spielen, die ganze verrottete Struktur zum Einstürzen zu bringen, die errichtet wurde, um den imperialistischen Herren zu dienen.“

Das ist die trotzkistische Perspektive der permanenten Revolution: In den kolonialen und halbkolonialen Ländern in der imperialistischen Epoche kann nur das Proletariat an der Macht die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution ausführen. Diese Perspektive steht im Gegensatz zum kleinbürgerlichen Nationalismus – egal wieviel „sozialistische“ Rhetorik eingeflochten wird –, den sich die AKP zu eigen gemacht hat. Der Kampf für die nationale und soziale Emanzipation der Kurden erfordert die Führung durch internationalistische Avantgardeparteien, die in den Arbeiterklassen des Nahen Ostens und besonders unter den Arbeitern Deutschlands verankert sind. Diese Parteien können nur im Kampf für eine Weltpartei der sozialistischen Revolution aufgebaut werden.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 651,
13. September 1996

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)



Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 1

sein regionaler Verbündeter Iran, die die Vorgänger der Taliban unterstützt hatten, sehen den islamischen Sieg der „Koran-Studenten“-Bewegung als Vorstoß ihrer amerikanischen Konkurrenz.

Die unaussprechliche Hölle, die Frauen, Lehrer, Ärzte, Werktätige, ethnische und religiöse Minderheiten und alle säkularen Elemente in Afghanistan nun umgibt, ist die bittere Ernte des unerbittlichen Drangs der Imperialisten, die ehemalige Sowjetunion zu unterminieren und zu zerstören, deren Militärpräsenz in Afghanistan während der 80er Jahre das hauptsächliche Bollwerk gegen die islamisch-fundamentalistische Reaktion war. Über ein Jahrzehnt lang bewaffnete Washington die Mudschaheddin-Mörder bis an die Zähne; sie wurden aufgebaut, um einen Stellvertreterkrieg gegen die sowjetische Armee und die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) zu führen. *Aber das Blut jeder unverschleierte Frau, die von den afghanischen Fundamentalisten abgeschlachtet wurde, klebt auch an den Händen derjenigen linken Organisationen international, die den schmutzigen antisowjetischen Krieg der US-Imperialisten in Afghanistan unterstützten!* Diese selbsternannten „Sozialisten“ trugen im Rahmen ihrer beschränkten Kräfte dazu bei, den Schrecken, der jetzt auf afghanischen Frauen lastet, zu verwirklichen.

Die „russische Frage“ knallhart

Im 19. Jahrhundert bemerkte der utopische Sozialist Charles Fourier, daß der gesellschaftliche Fortschritt am Status der Frauen in der Gesellschaft gemessen werden kann. In Afghanistan ist das klar und deutlich. Für Marxisten, ja für jeglichen Gegner der Frauenunterdrückung war es so offensichtlich und klar, daß man auf der Seite stehen mußte, die gegen die US-unterstützten islamischen Fundamentalisten in Afghanistan kämpfte, wie es für die Erste Internationale von Karl Marx klar war, im amerikanischen Bürgerkrieg die von Abraham Lincoln geführten Kräfte der Union gegen die Sklaverei zu unterstützen.

Wie konnte es dazu kommen, daß vorgebliche Trotzki-

sten wie das Vereinigte Sekretariat (VS) des verstorbenen Ernest Mandel (in Deutschland sind seine Anhänger heute auf den Revolutionär Sozialistischen Bund [RSB] und die Vereinigung für Sozialistische Politik [VSP] verteilt) beim Einmarsch der sowjetischen Armee Ende 1979 zuerst schwankten, ob sie die DVPA-Regierung halbherzig unterstützen oder „Russen raus“ fordern sollten, und sich dann auf letzteres einigten? Wie kam es, daß selbsternannte Sozialisten wie die Unterstützer von Tony Cliffs reformistischer Socialist Workers Party (SWP) in Britannien, in Deutschland vertreten durch die Internationale Sozialistische Organisation (ISO), sich auf die Seite derjenigen schlugen, die für die Versklavung der Frauen in Afghanistan kämpften? Die Antwort liegt in ihrer tiefsitzenden Feindseligkeit gegen den sowjetischen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat. Seit dem Augenblick, als die bolschewistische Revolution 1917 den Kapitalismus in Rußland stürzte, bis zur kapitalistischen Konterrevolution, die vor mehreren Jahren unter Boris Jelzins Führung stattfand, zielten die Imperialisten in erster Linie darauf ab, die kapitalistische Ausbeutung in der Sowjetunion wieder einzuführen und die sozialen Errungenschaften rückgängig zu machen, die trotz jahrzehntelanger stalinistischer Degenerierung übriggeblieben waren. Deshalb lief der ganze Apparat der politischen Indoktrinierung in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa heiß, um Haß auf die Sowjetunion und Furcht vor ihr zu schüren. Weil Gruppen wie die ISO und das VS das von der Bourgeoisie propagierte Programm übernahmen, stellten sie sich in eine Reihe mit allen Kräften, die gegen die regierenden Stalinisten waren – von den sadistischen islamischen Fundamentalisten in Afghanistan und Iran bis zur antikommunistischen, antisemitischen und frauenfeindlichen Solidarność in Polen, die vom Vatikan unterstützt wurde.

Der historische Führer des amerikanischen Trotzkiismus, James P. Cannon, führte einen Fraktionskampf innerhalb der damals revolutionären Socialist Workers Party in den USA gegen eine von Shachtman/Burnham geführte Minderheit, die argumentierte, man müsse die marxistische Position der militärischen Verteidigung der Sowjetunion aufgeben. Cannon schrieb dazu 1939:

„Die Frage der russischen Revolution – und des Sowjetstaates, der ihr Werk ist – hat seit 22 Jahren eine scharfe Trennungslinie durch die Arbeiterbewegung aller Länder gezogen. Die Haltung gegenüber der Sowjetunion ist alle diese Jahre hindurch das entscheidende Kriterium gewesen, um die wirkliche revolutionäre Tendenz von allen Schattierungen und Abstufungen zu trennen, die es an Zauderern, Abtrünnigen und Kapitulanten vor dem Druck der bürgerlichen Welt gibt...“

Im Falle von Afghanistan trennte diese Linie nicht nur Revolutionäre von Reformisten, sondern auch Befürworter des sozialen Fortschritts von denen, die offen oder versteckt die Barbarei des finstersten Mittelalters unterstützten.

Im Bürgerkrieg, der in Afghanistan vom Ende der 70er bis Anfang der 90er Jahre tobte, waren die Rechte der Frauen eine zentrale Frage, ein Umstand, der in der modernen Geschichte seinesgleichen sucht. Nachdem die DVPA durch den Staatsstreich vom April 1978 an die Macht gekommen war, versuchte sie, einige minimale Reformen einzuführen, um das Land näher ans 20. Jahrhundert zu bringen: Verteilung des Landes, Befreiung der Frauen aus dem Burka (dem „Schleier“, der von Kopf bis Fuß reicht), Senkung des Brautpreises auf einen nominellen Betrag und die Schulbil-



Spartakisten begrüßten die sowjetische Intervention in Afghanistan 1979. Nach dem verräterischen Rückzug Gorbatschows 1989 mobilisierten wir internationale Hilfe für Jalalabad

dung für Mädchen. Aber solche fundamentalen demokratischen Reformen können in einem grausam rückständigen Land wie Afghanistan explosiv sein, nicht zuletzt weil die Unterwerfung der Frauen innerhalb der Familie sie zu den „Trägern“ der traditionellen Kultur an die nächste Generation bestimmt. Afghanische Großgrundbesitzer, Stammesfürsten und Mullahs starteten einen wütenden Dschihad (heiliger Krieg); sie brannten Schulen nieder und häuteten Schullehrer bei lebendigem Leib wegen des „Verbrechens“, jungen Mädchen das Lesen beigebracht zu haben.

Als Moskau im Dezember 1979 Truppen der Roten Armee nach Kabul einflieg, um den Sturz seines DVPA-Klientenregimes durch die islamischen Reaktionen zu verhindern und die eigene Südflanke gegen imperialistisches Eindringen zu schützen, wurde die „russische Frage“ knallhart gestellt. Wir Trotzkiisten der Internationalen Kommunistischen Liga (damals die internationale Spartacist Tendenz) erklärten als konsequente Verteidiger der Errungenschaften der Oktoberrevolution: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitete die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“ Wir warnten, daß die Kremlbürokraten nur widerstrebend intervenierten, um einen strategisch plazierten Klientenstaat zu stabilisieren, und sehr wohl einen Deal mit den Imperialisten aushecken könnten. Trotzdem war die Entsendung von Truppen nach Afghanistan eine eindeutige anständige und progressive Handlung. Sie lief dem stalinistisch-nationalistischen Dogma des „Sozialismus in einem Lande“ zuwider, das Lenins Kampf für sozialistische Weltrevolution zugunsten der aussichtslosen Suche nach „friedlicher Koexistenz“ mit dem Imperialismus aufgibt.

Darüber hinaus erkannten wir, daß allein die sowjetische Intervention die Möglichkeit bot, den Weg zur Befreiung der schrecklich unterdrückten Völker Afghanistans zu eröffnen. Wenn die Befreiung nach Afghanistan kommen sollte, mußte sie von außen kommen. Das winzige Proletariat verschwand unter der Wucht des weitaus zahlreicheren islamischen Klerus; die städtische Bevölkerung war von Massen nomadischer Schäfer und Bauern umzingelt, die sich an die Khans verdingt hatten; die reaktionären Kräfte für Tradition und Status quo überwogen bei weitem die Kräfte des sozialen Fortschritts.

Gewiß entsandte die konservative Kremlführung unter Breschnjew nicht 100000 sowjetische Truppen nach Afghanistan, um dort eine soziale Revolution zu machen. Aber die bloße Präsenz dieser Truppen brachte die Möglichkeit der sozialen Befreiung mit sich, so wie dies Anfang des 19. Jahr-

hunderts Napoleons Militärfeldzug durch Europa im Kielwasser der Großen Französischen Revolution tat. Wie Trotzki in *Verratene Revolution* bemerkte, seiner definitiven Analyse der stalinistischen Bürokratie: „Allerdings leistet die Sowjetbürokratie auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik wie auf dem der Wirtschaft weiterhin eine gewisse progressive Arbeit, auch wenn die dadurch entstehenden Unkosten unverhältnismäßig hoch sind. Dies bezieht sich vor allem auf die rückständigen Völkerschaften der Union, die notwendigerweise eine mehr oder weniger lange Periode der Übernahme, Aneignung und Verarbeitung ihnen unbekannter Fertigkeiten und Kenntnisse durchmachen müssen.“

Unter dem Schirm der sowjetischen Militärpräsenz wurden afghanische Frauen vom Schleier befreit, ausgebildet und in der werktätigen Bevölkerung als Lehrerinnen, Krankenschwestern, Ärztinnen und Regierungsangestellte integriert; Tausende dienten als Soldaten und Kommandierende in der afghanischen Armee und den Selbstverteidigungsmilizen. Die gewaltigen Errungenschaften, die den afghanischen Völkern potentiell offen standen, waren sichtbar in dem schreienden Widerspruch zwischen der Rückständigkeit Afghanistans und den massiven Fortschritten an Lebensstandard, Schulbildung, Gesundheitsversorgung und Rechten der Frauen nördlich des Amu-Darja-Flusses in den Sowjetrepubliken Zentralasiens. Diese Errungenschaften waren das Ergebnis der proletarischen Revolution vom Oktober 1917, geführt von Lenins und Trotzki's bolschewistischer Partei und auf Zentralasien ausgeweitet hauptsächlich durch die bewaffnete Intervention der Roten Armee gegen die Mullahs und Stammeskhanen und durch eine Kampagne heroischer bolschewistischer Frauen, die sogar den Schleier anlegten als Teil einer Taktik, den sozialen Fortschritt zu den Frauen dieses rückständigen Gebiets zu bringen. –

In einem Artikel über Afghanistan mit der Überschrift „Lob der Roten Armee“ (*junge Welt*, 12./13. Oktober) kommentiert Jürgen Elsässer: „Als Kabul sowjetisch war, gab es keinen Sozialismus, aber wenigstens Zivilisation.“ Aber wenn die Sowjetunion eine „staatskapitalistische“ Weltmacht gewesen wäre, wie Elsässer ebenfalls behauptet, wie kam dann ihre Intervention zustande, von der auch Elsässer sagt, daß sie nicht imperialistisch war? Kann es einen „vernünftigen“ Kapitalismus geben, der irgendwie nicht auf dem Profitstreben des Kapitals basiert? Elsässer antwortet mit einem lauten „Ja“. Afghanistan dient ihm als Beweis für seine Grundthese, daß die westlichen Imperialisten die Zivilisation nach Deutschland bringen. Er behauptet, daß die „Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie ...

durch den Sieg der Alliierten in den beiden Weltkriegen durchgesetzt oder auf Grundlage dieser Siege verordnet“ wurde. Für diesen „Antinationalen“ ist Ende des 20. Jahrhunderts, fast 80 Jahre nach der Oktoberrevolution und nach zwei imperialistischen Weltkriegen, die Rolle der Bourgeoisie schlicht progressiv. Die Arbeiterklasse ist für ihn kein Faktor, genausowenig wie die Trotzkiisten, deren Politik auf der proletarischen Revolution basiert. In Wirklichkeit war es nach dem Ersten Weltkrieg der *Internationalismus* des russischen Oktober, der 1918/19 die deutsche Revolution inspirierte. Diese wurde von der SPD-geführten bürgerlich-„demokratischen“ Konterrevolution in Blut ertränkt. Nach dem Sieg der Roten Armee über das

Fortgesetzt auf Seite 10

Antisowjetischer Aufschrei von Pseudotrotzkisten

Januar 1980 – Beim Einmarsch der Roten Armee reiheten sie sich in die antisowjetische Kriegsfront der Imperialisten ein.

Links: Zeitung der Cliff-Anhänger (heute ISO).

Der dubiose BSA jubelte: „Moslemische Befreiungskämpfer in Afghanistan“ (*neue Arbeiterpresse*)



Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 9

Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg war es der US-Imperialismus, der die Bourgeoisie von Auschwitz rettete und wiederbewaffnete als antisowjetisches Bollwerk im Kalten Krieg in Europa, und der später diesen Krieg nach Vietnam und Afghanistan trug.

Nach Moskaus militärischer Intervention in Afghanistan wetterten die Imperialisten und ihre „linken“ Anhänger gegen den „sowjetischen Expansionismus“. Aber weit entfernt von einem Versuch, Afghanistan einzuverleiben, führte die Kremloligarchie den Krieg halbherzig – trotz der Tatsache, daß in den frühen 80er Jahren sowjetische Truppen dabei waren, den Bodenkrieg zu gewinnen. Als Michail Gorbatschow 1985 an die Macht kam, fing er sofort mit Manövern an, einen Rückzug der sowjetischen Truppen auszuhandeln in der Hoffnung, die Belastung der sowjetischen Wirtschaft zu vermindern und die feindseligen Imperialisten zu beschwichtigen. Letztendlich aber bereitete Gorbatschow den Boden für die Zerstörung der Sowjetunion selbst. Der Rückzug des Kremls ermutigte die imperialistischen Herrscher – die weiterhin entschlossen waren, nichts weniger als die Vernichtung des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates zu erreichen – und stärkte die inneren Kräfte der kapitalistischen Restauration. Dem Rückzug aus Afghanistan folgte die Konterrevolution in Osteuropa: in Polen der Aufstieg von Solidarność an die Macht, in Deutschland die kapitalistische Wiedervereinigung, 1991 in Moskau Boris Jelzins prokapitalistischer Gegenputsch. Dies führte wiederum zu einem völligen Stopp der Unterstützung für Kabul, was den Untergang der zerbrechlichen afghanischen Wirtschaft und Zentralregierung bedeutete.

Als die sowjetischen Streitkräfte 1988/89 abgezogen wurden, verurteilten wir erbittert diesen Verrat, der den Weg zu einem blutigen Ansturm gegen afghanische Arbeiter, Frauen und Linke bahnte. Wir warnten, daß es weitaus besser wäre, gegen die Kräfte der Konterrevolution in Afghanistan zu kämpfen und sie dort zu besiegen, statt gezwungen zu sein, es mit ihnen innerhalb der Sowjetunion aufzunehmen. Gleichzeitig solidarisierten wir uns aktiv mit den Massen, die weiterhin einen erbitterten Kampf ums Überleben führten. Das Partisan Defense Committee (PDC), US-Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfSV), eine klassenkämpferische rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation, die mit der Spartacist League/U.S. verbunden ist, schrieb im Februar 1989 an die afghanische Regierung mit dem Vorschlag, internationale Brigaden zu organisieren, um beim Kampf gegen die fundamentalistischen Mörderbanden der CIA zu helfen. Zwar wurde dieses Angebot nicht angenommen, aber das PDC und seine Schwesterorganisationen auf der ganzen Welt antworteten auf einen Spendenappell des DVPA-Regimes und sammelten international 44 000 Dollar, um der Zivilbevölkerung zu helfen, die ein Opfer des Mudschaheddin-Angriffs auf die östliche Stadt Jalalabad wurde.

Als Ausdruck der Solidarität schickten wir einen Korrespondenten von *Workers Vanguard*, Zeitung der SL/U.S., nach Kabul und Jalalabad. Wie wir damals schrieben:

„Das belagerte Jalalabad war der Brennpunkt des Dschihad (des heiligen Krieges) des Imperialismus gegen sozialen Fortschritt und gegen die Sowjetunion. Das siegreiche Jalalabad kann revolutionären Kampf in der ganzen Region anspornen, von Indien bis zur Türkei. Dazu ist vor allem das Programm des leninistischen Internationalismus notwendig, das Banner der Internationalen Kommunistischen Liga.“ (*Spartakist* Nr. 63, September/Oktober 1989)

Unsere Jalalabad-Kampagne erweckte die Sympathie von

klassenkämpferischen Militanten auf der ganzen Welt. Spenden fluteten herein von *Zehntausenden* Menschen international: von eingewanderten Arbeitern in ganz Westeuropa; von Gewerkschaftern; von Studenten, die energisch Seite gegen die CIA beziehen wollten; und von Frauen überall, auch aus moslemischen Gemeinden. Im Laufe dieser Kampagne beschlossen wir, die Internationale Kommunistische Liga zu gründen, um zu betonen, daß allein unsere Tendenz für den Kommunismus Lenins und Trotzki kämpft.

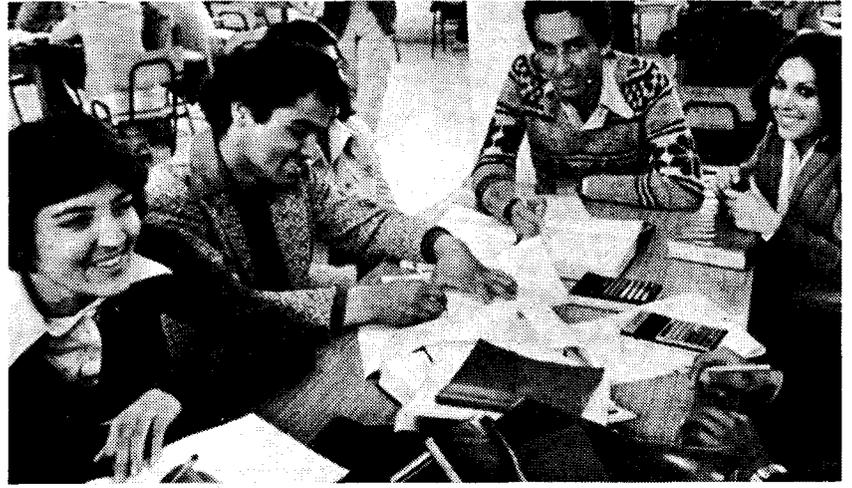
Antisowjetische „Einheitsfront“ mit dem Imperialismus

Die Antwort der Cliff-Anhänger auf die sowjetische Intervention 1979 war, die Linie nachzuäffen, die von jeder imperialistischen Regierung der Welt vertreten wurde: „Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan!“ Der britische *Socialist Worker* (12. Januar 1980) wollte die Opposition der CIA-unterstützten Mudschaheddin weißwaschen und schrieb: „Sie spricht mit der Rhetorik des islamischen Fundamentalismus. Aber zu dieser Zeit und auf diesem Platz sagt uns das wenig.“ Man mußte kein Marxist sein, um zu wissen, was die „Rhetorik des islamischen Fundamentalismus“ einerseits und andererseits die sowjetische Intervention für afghanische Frauen und für alle linken und säkularen Kräfte bedeutete. Aber es waren nur die Spartakisten, die dies klar aussprachen. Dadurch zogen wir uns den Haß der Mullahanhänger zu, und im Januar 1980 verübten bei einer Veranstaltung zu Afghanistan an der Universität Frankfurt/Main Moslemfanatiker und Maoisten einen Mordanschlag auf unseren Genossen Fred Zierenberg. Er erhielt einen Messerstich in die Lunge und entging nur knapp dem Tod. Ein von uns initiiertes Protest fand breite Unterstützung auch in Gewerkschaftskreisen. Aber die Führung der damaligen deutschen VS-Sektion GIM (Vorläufer von RSB und VSP) nahm ihre spätere eindeutige Pro-Mullah-Position in Afghanistan vorausschauend vorweg und weigerte sich, sich dieser Aktionseinheit anzuschließen. Mehrere GIM-Ortsgruppen trotzten der skandalösen Haltung ihrer Führung und beteiligten sich an Aktionseinheiten zur Verteidigung unserer Veranstaltungen.

Obwohl die Cliff-Leute besonders kraß für den imperialistischen Antisowjetismus über Afghanistan eintraten, standen sie auf der Linken ganz und gar nicht allein. Das pseudotrotzkistische Vereinigte Sekretariat veröffentlichte 1981, nach einigen anfänglichen Zickzacks, eine Erklärung, die mit dem Aufruf „Für ein Ende der sowjetischen Besatzung von Afghanistan!“ genau in die Fußstapfen von Reagan/Thatcher trat. Die politischen Banditen von David Norths Workers League in den USA und sein „Internationales Komitee“, in Deutschland der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), heulten zusammen mit den imperialistischen US-Herrschern, die sowjetische Intervention sei ein Angriff auf „die nationalen Rechte und Gefühle des afghanischen Volkes“ (*Bulletin*, 8. Juli 1986). Beim Einmarsch jubelte der BSA über „moslemische Befreiungskämpfer in Afghanistan“ (*neue Arbeiterpresse*, 11. Januar 1980). Unter der Forderung „Rückzug der Sowjet-Truppen aus Afghanistan!“ appellierte der BSA an den Antisowjetismus von SPD/DGB und rief „alle Teile der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Studentenbewegung auf, Resolutionen zu schicken und Versammlungen und Demonstrationen zu organisieren, um ihre Solidarität ... gegen die bürokratische Intervention auszudrücken“. Unter dem NATO-Kanzler Helmut Schmidt waren SPD und die DGB-Bürokraten des imperialistischen Frontstaates Westdeutschland für den BSA ständiger Wunschpartner beim Krieg gegen die Sowjetunion. Seit der Zerstörung der Sowjetunion sind die Gewerkschaften für diese Organisation nicht mehr Teil der Arbeiterbewegung, und das Recht auf nationale Selbstbestimmung wird inzwischen komplett abge-



Shlau



Plarieta

Sowjetische Militärpräsenz ermöglichte afghanischen Frauen die Beteiligung an Regierungsmilizen, um mit der Waffe in der Hand ihre Rechte gegen die Mudschaheddin zu verteidigen. Rechts: Studenten an der Kabuler Universität in den 80er Jahren

lehnt (siehe dazu *Spartakist* Nr. 120 und 121, Oktober/November 1995 und Januar/Februar 1996).

Etwas widersprüchlicher war die zentristische Gruppe Workers Power (WP) in Britannien (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht), die als Abspaltung von Cliffs Organisation entstand. Als Antwort auf das imperialistische Geschrei über die sowjetische Intervention machte Workers Power einen Schritt nach links, brach mit Cliffs absurder antimarxistischer Theorie, daß die Sowjetunion „staatskapitalistisch“ sei (allerdings ohne eine kapitalistische Klasse oder eine kapitalistische Wirtschaft), und erklärte ihr formales Festhalten an Trotzki's Analyse der Sowjetunion als bürokratisch degenerierter Arbeiterstaat.

Zwar forderte Workers Power damals nicht einen sofortigen sowjetischen Rückzug, doch mit ihrer „Verurteilung der sowjetischen Invasion von Afghanistan“ als „konterrevolutionär“ (*Workers Power*, Februar 1980) reihten sie sich in die übrige antisowjetische stalinophobe Linke ein. Als der Kreml später die Truppen aus Afghanistan zurückzog, wendeten sie sich prompt und verurteilten den Rückzug. Die ganze Zeit sprühten sie auch Gift und Galle gegen unseren Ruf: „Hoch die Rote Armee!“ WP sagt statt dessen: „Sozialisten hätten die UdSSR aufrufen sollen, der DVPA-Regierung militärische und finanzielle Unterstützung, ohne Bedingungen, zu geben“ (*Workers Power*, November 1996). Das war jahrelang die Politik des Kreml gewesen, aber nachdem die DVPA-Regierung bescheidene, aber reale demokratische Reformen eingeführt hatte, wäre sie von einem massiven konterrevolutionären, von den USA gestützten Gegenschlag im Blut ertränkt worden, wenn es nicht die sowjetische Intervention gegeben hätte. Hinter dem Beharren von Workers Power, daß die durchaus fortschrittliche sowjetische Intervention konterrevolutionär gewesen sei, verbargen sich tief verwurzelte antisowjetische Vorurteile, die sie von ihren Ursprüngen in Cliffs Organisation geerbt hatte.

Aber die Cliff-Anhänger selbst zeigten keine solchen Skrupel und unterstützten konsequent die Linie der Imperialisten. Als Gorbatschow die sowjetischen Truppen abzog, mußte auch die SAG, Vorläufer der ISO in Deutschland, zugeben, daß damit „eine durch und durch reaktionäre politische Kraft“ gewonnen hatte. Aber: „Der Weg nach vorn führt über den Sieg der Mullahs“ (*Klassenkampf* Nr. 69, 3/1989). Damit nahm die SAG das grauenvolle Schicksal der Frauen bewußt in Kauf, solange es nur gegen die Sowjetunion ging. Sie bejubelte den „positiven Aspekt“, daß dies „die Schwäche und Besiegbarkeit der zweitgrößten imperialistischen Weltmacht, der UdSSR“ gezeigt habe. Auch die Im-

perialisten bemerkten diese „Schwäche“, nämlich die Ausverkaufspolitik der Stalinisten, und heute sehen wir die verheerenden Folgen der kapitalistischen Konterrevolution in der UdSSR, in Afghanistan wie auch auf der ganzen Welt. Für die SAG/ISO ist ihre Linie nichts Neues: Schließlich lehnte sie sogar im Kampf gegen Nazi-Deutschland die Verteidigung der Sowjetunion ab.

Sogar heute, wo die Sowjetunion weg ist, waschen die Cliff-Anhänger die Rolle der islamisch-fundamentalistischen Terroristen und ihrer pakistanischen und amerikanischen Unterstützer weiß. Sie schreiben: „Der Erfolg der Taliban kommt von der Enttäuschung der Bevölkerung über die Führer, die gegen sie sind“, und klagen, „die Taliban haben keine Antwort auf die schreckliche Krise des Landes“ (*Socialist Worker*, 5. Oktober). Diese fundamentalistischen Reaktionen haben *allerdings* eine „Antwort“: ein Programm der allseitigen Reaktion und Ausrottung auch der bescheidensten sozialen Fortschritte für Frauen!

Sogar das dünne Feigenblatt, das die Cliff-Anhänger und das übrige antisowjetische Lager für ihre Linie anzubieten hatten, war der westlichen imperialistischen Propaganda entliehen: Die sowjetische Intervention verstoße gegen Afghanistans „nationale Selbstbestimmung“. Die Frage der Selbstbestimmung ist für Marxisten den übergreifenden Klassenfragen untergeordnet: im Falle von Afghanistan die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus und der Kampf gegen die feudale Reaktion und Unterdrückung der Frauen. Mehr noch: Afghanistan ist keine einheitliche Nation, wie die Cliff-Anhänger behaupten, sondern es leben dort klar abgegrenzte unterschiedliche Nationalitäten (sowie Stämme und andere ethnische Gruppierungen), die durch künstliche Grenzen aufgespalten sind. Das Gebiet der Paschtunen reicht bis nach Pakistan hinein und das der Usbeken in die ehemalige Sowjetrepublik Usbekistan, während die Tadschiken auf einem Gebiet leben, das sich sowohl nach Tadschikistan als auch in den Iran erstreckt. Der Imperialismus verschärft in seinen Halbkolonien die Unterdrückung und verstärkt die Kräfte der Reaktion. Aber gerade weil die Sowjetunion nicht kapitalistisch/imperialistisch war, stellte die Intervention der Roten Armee in Afghanistan die Möglichkeit dar, diesem rückständigen Land fragmentierter Völkerschaften Fortschritt zu bringen.

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Wie Afghanistan zeigte, war Cliffs „staatskapitalistische“ Analyse der Sowjetunion und die Pose seiner Anhänger als linke Opponenten des Stalinismus nur eine Deckung für ihre

Fortgesetzt auf Seite 17

Teil 1 dieser Artikelserie über „Die Ursprünge des Anarchismus“ und die Auffassungen von Pierre-Joseph Proudhon erschien in Spartakist Nr. 124 (September/Oktober 1996). Der nachfolgende Teil ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 641, 15. März 1996, Zeitung der Spartacist League/U.S. Teil 3 wird sich mit der Pariser Kommune und der Spaltung in der I. Internationale befassen.

Obwohl Proudhons Schriften bei politisch aktiven und fortschrittlichen französischen Arbeitern einen gewissen Einfluß hatten, strebte er nicht danach, der Führer einer organisierten Bewegung zu werden. Die anarchistische Bewegung als solche entstand erst durch Michail Bakunin in den 1860er Jahren. Proudhon war im Grunde ein Theoretiker, dessen Ansichten während seiner 25 Jahre als radikaler Publizist im großen und ganzen gleich blieben. Im Gegensatz dazu war Bakunin ein politischer Abenteurer, der mit sehr unterschiedlichen Programmen in unterschiedlichen Bewegungen und Milieus agierte. Einige spätere Anarchisten wie Sam Dolgoff argumentieren, daß Bakunins Ansichten und Aktivitäten vor Mitte der 1860er Jahre – die für sie ziemlich peinlich sind – wenig oder nichts mit Anarchismus zu tun haben. Es gibt jedoch in Bakunins wechselhafter Laufbahn wichtige Elemente der Kontinuität.

von Joseph Seymour

Michail Bakunin war der älteste Sohn eines adligen russischen Grundbesitzers, eines Mannes von beachtlicher Kultur, der Bildung hoch einschätzte, aber konventionelle politische Ansichten hatte. Michail wurde, typisch für einen jungen russischen Adligen, auf eine Militärakademie geschickt und wurde nach deren Abschluß ein Jungoffizier in der zaristischen Armee. Aber für eine militärische Karriere fehlte es Bakunin an Disziplin, und er ließ sich nach ein paar Jahren aus dem Dienst entlassen. Er entwickelte sich dann zu einem Bohemien in Moskaus intellektuellen Kreisen. Dort knüpfte er freundschaftliche Beziehungen zu Alexander Herzen, dem späteren Gründer des russischen Volkstümlertums. Aber Bakunin war in keiner Weise ein politischer Radikaler, als er als Mittzwanziger Rußland verließ, um in Deutschland Philosophie zu studieren.

Als Bakunin 1840 in Berlin ankam, wurde das intellektuelle Leben von den Linkshegelianern dominiert – ihren Anhängern und ihren Gegnern. Diese Strömung von demokratisch gesinnten Intellektuellen wurde durch die zunehmend repressive Politik des neuen, reaktionärer und pietistischen Königs von Preußen radikalisiert. Die hegelianische Linke war im wesentlichen ein Ausdruck des wachsenden Widerspruchs zwischen der schnellen Entwicklung

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 2 Michail Bakunin: Gründer der anarchistischen Bewegung

bürgerlicher Gesellschaften in West- und Mitteleuropa und den monarchischen Regimen, die aus der feudalen Vergangenheit stammten, bei der Jugend des deutschen Bildungsbürgertums. Dieser Widerspruch sollte in den Revolutionen von 1848 bald explodieren.

Bakunin wurde ein typisches Mitglied der hegelianischen Linken, seine damaligen Anschauungen unterschieden sich nicht von denen der meisten europäischen Radikalen in den 1840er Jahren – die bald zu den „roten 48ern“ werden sollten – außer durch seine Vorliebe für extremistische Rhetorik. Seine erste Schrift als selbsternannter Revolutionär, „Die Reaktion in Deutschland“ (1842), enthält den berühmten Aphorismus: „Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust.“

Man muß Bakunin zugutehalten, daß er ein glühender Unterstützer des Kampfes für die Unabhängigkeit Polens wurde, das von den Staaten Rußland, Preußen und Österreich-Ungarn unterjocht und aufgeteilt worden war. Die Sache der nationalen Befreiung Polens von der dreiseitigen Unterdrückung durch die Romanows, Hohenzollern und Habsburger war praktisch für alle Radikalen der 1840er Jahre eine Herzenssache. Aber daß ein junger russischer Adliger den Kampf für die polnische Unabhängigkeit mit einer demokratischen Revolution in Rußland selbst verbindet, war besonders bedeutsam, nicht zuletzt in den immer wachsenden Augen der zaristischen Selbstherrschaft.

Bakunin als linker panslawistischer Nationalist

Während des geschichtsträchtigen Jahres 1848 trat Karl Marx als der Führer einer organisierten Gruppe auf, die sich auf ein klares Programm stützte, das am besten in dem gerade erst veröffentlichten *Kommunistischen Manifest* zum Ausdruck kam. Im Gegensatz dazu agierte Bakunin als ein ungebundener politischer Abenteurer, der kaum irgendeinen Einfluß auf die folgenschweren Ereignisse hatte, an denen er teilnahm. Er ging von Brüssel nach Paris, von Paris in verschiedene Städte in Deutschland und im Kaiserreich Österreich-Ungarn, immer auf der Suche danach, wo etwas los war, oder auf der Flucht vor den Behörden.

Dennoch entwickelte sich Bakunin gerade während des revolutionären annus mirabilis (wunderbares Jahr) zu einer eigenständigen Persönlichkeit in der europäischen Linken. Und zwar nicht als ein Vertreter des Anarchismus – dessen grundlegende Doktrin schon von Proudhon entwickelt worden war, den Bakunin persönlich kennengelernt hatte –, sondern als ein Vertreter einer linken Version von panslawistischem Nationalismus. Er formulierte dieses Programm zum ersten Mal im Juni 1848 auf dem Slawenkongreß in Prag und entwickelte dies ausführlicher ein paar Monate später in der Broschüre „Aufruf an die Slawen“.

Um den Panslawismus, einschließlich seiner bakunistischen Variante, zu verstehen, muß man berücksichtigen, daß damals alle slawischen Völker, mit Ausnahme der Russen, unter einer Fremdherrschaft lebten. Die Westslawen (Tschechen und Kroaten) gehörten zum deutsch-dominierten Kaiserreich Österreich-Ungarn. Die Südslawen oder Balkan-Slawen (Serben und Bulgaren) standen unter dem Joch der osmanischen Türkei. Und die Polen wurden von zwei deutschen Staaten und dem russischen Staat ihrer slawischen Nachbarn unterjocht.

Der Panslawismus war im wesentlichen eine rechte Ideologie, die dem russischen Imperialismus, besonders auf dem Balkan, die Mission einer „nationalen Befreiung“ anzudichten versuchte. Bakunin jedoch gab dem Panslawismus eine linkere Richtung, indem er die Unterstützung Rußlands für die Befreiung der West- und Südslawen mit der Errichtung einer demokratischen Republik in Rußland verband. In bezug auf den Slawenkongreß erklärte er in seinem „Aufruf“:

„Wir haben einen Aufruf an das russische Volk verfaßt, das allein unter den slawischen Völkern seine Unabhängigkeit bewahrt hat; und wir haben es daran erinnert, was ihm heute auch nicht gefällt, daß selbst diese Unabhängigkeit nur illusorisch ist, solange es nicht seine Freiheit erobert hat, solange es nicht aufgehört hat, eine Geißel für das polnische Volk und eine Bedrohung der Zivilisation und Freiheit Europas zu sein. Wir haben schließlich die unauflösliche Solidarität aller slawischen Völker proklamiert, die künftig nur noch einen einzigen politischen Körper bilden, föderalistisch gegründet auf den demokratischen Grundlagen von Nationalität, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“ (aus Josef Pfitzner, *Bakuninstudien. Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte*, 1932)

Bakunin projizierte hier auf Rußland eine politische und soziale Revolution nach dem Modell der Großen Französischen Revolution von 1789, das heißt eine radikale bürgerlich-demokratische Bewegung, die sich auf einen Aufstand der unteren Klassen in den Städten (in erster Linie das Handwerkerproletariat) stützt und mit einer breiten Bauernrevolte verbunden ist. Aber im Rußland der 1840er Jahre gab es in den Städten keine ins Gewicht fallende bür-

gerliche Schicht, die eine Volksrevolution gegen die zaristische Autokratie hätte in Gang setzen und anführen können. Auf ihre Weise haben dies die kleinbürgerlichen nationalistischen Führer (wie der Tscheche Ferdinand Palacky), die den Kongreß der Slawen in Prag organisiert hatten, verstanden und deshalb Bakunins Vorstellung von einem „demokratischen panslawistischen Staat“ als utopische Phantasterei abgetan. Mit Ausnahme der Polen, die von den russischen Slawen unterdrückt wurden, richteten die nationalistischen Bewegungen unter den Westslawen und den slawischen Völkern auf dem Balkan ihre Hoffnung darauf, daß die zaristische Autokratie oder die Habsburger Monarchie sich für ihre Sache einsetzen würden.

Bakunins „Aufruf“ schließt mit einem vagen Aufruf zur sozialen Revolution:

„Man muß die materiellen und moralischen Bedingungen unserer jetzigen Existenz umstürzen, man muß diese altersschwache soziale Welt, die impotent und steril geworden ist, von Kopf bis Fuß umkrempleln. Sie könnte ein so großes Ausmaß von Freiheit weder fassen noch zulassen. Vorher muß man noch die Atmosphäre reinigen und das Milieu, in dem wir leben, vollständig verändern, denn es korrumpiert unsere Instinkte und unseren Willen, es läßt unsere Herzen und unsere Intelligenz verkümmern. – Die soziale Frage erscheint also zunächst als Umsturz der Gesellschaft.“

Von einem marxistischen Standpunkt aus ist an dieser Passage zweierlei auffallend. Als erstes stehen hinter dem „wir“, in dessen Namen Bakunin zu sprechen vorgibt, nicht Arbeiter oder Bauern oder etwa die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen insgesamt. Er richtet seine Appelle buchstäblich an alle Slawen *aller* gesellschaftlichen Klassen. Zum zweiten, und teilweise aus diesem Grund, hat Bakunins Aufruf zur sozialen Revolution überhaupt keinen konkreten programmatischen Inhalt und ist kaum mehr als hochgestochene Rhetorik. Ein immer wiederkehrendes Merkmal in Bakunins Anschauungen war seine ausdrückliche Ablehnung von Marx' und Engels' Auffassung, daß die Gesetze der Geschichte die Grundlage für die Ausarbeitung eines Programmes zur Erreichung des revolutionären Ziels sein müssen. Wenn man die historisch-materialistische Anschauung

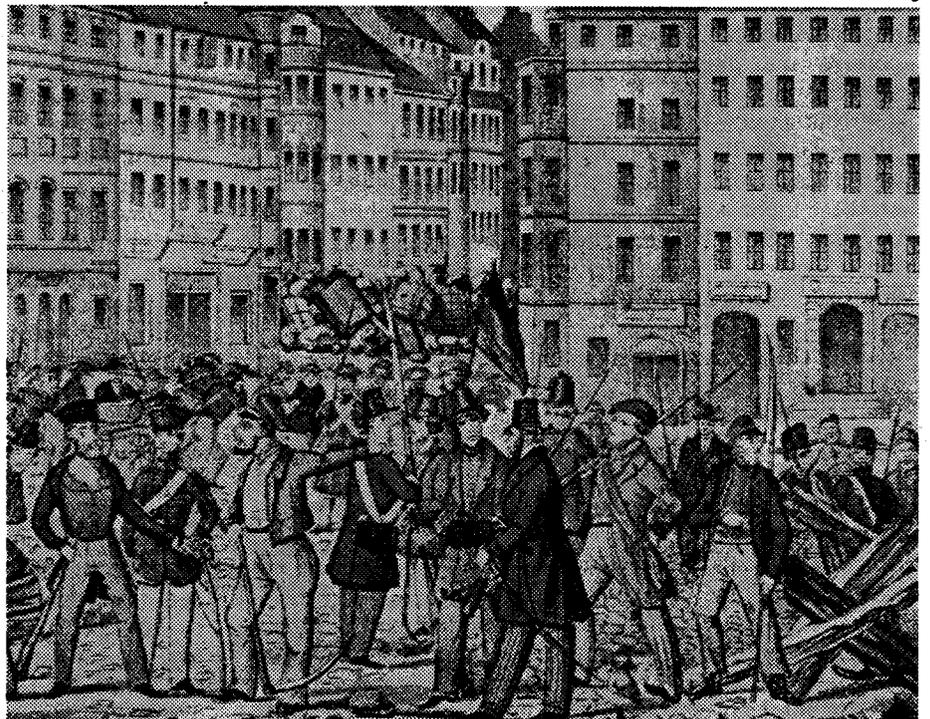
Fortgesetzt auf Seite 14

Dietz Verlag



Michail Bakunin wurde zuerst als linker panslawistischer Nationalist bei den Revolutionen von 1848 bekannt. Seine Beteiligung am Dresdner Aufstand vom Mai 1849 brachte ihm acht Jahre Gefängnis ein

Dietz Verlag



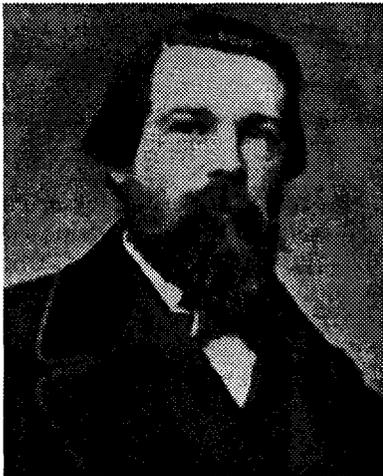
Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 13

zurückweist, dann bleibt anstelle einer Klassenanalyse im Grunde nur Moralismus übrig.

Bakunins Programm und seine Ansichten stießen damals auf schneidende Kritik von Friedrich Engels in seinem Artikel „Der demokratische Panslawismus“ (Februar 1849). Diese Polemik ist in erster Linie deshalb wichtig, weil sie die spätere Debatte zwischen wissenschaftlichem Sozialismus und Anarchismus vorwegnimmt. Engels trifft den Kern von Bakunins Weltanschauung: die Überzeugung, daß nationale und soziale Befreiung im Grunde genommen ein Akt des Willens sei, der an jedem Ort jederzeit unter beliebigen wirtschaftlichen Bedingungen erreicht werden könne. Engels erklärt:

„Von den in der Wirklichkeit bestehenden Hindernissen einer solchen allgemeinen Befreiung, von den so durchaus verschiedenen Zivilisationsstufen und den dadurch



Dietz Verlag

Friedrich Engels verurteilte Bakunins Forderung nach einem demokratischen panslawischen Staat als „leeres Traumgebilde“

bedingen ebenso verschiedenen politischen Bedürfnissen der einzelnen Völker ist keine Rede. Das Wort ‚Freiheit‘ ersetzt das alles. Von der Wirklichkeit ist überhaupt keine Rede, oder soweit sie etwa in Betracht kommt, wird sie als etwas absolut Verwerfliches, von ‚Despotenkongressen‘ und ‚Diplomaten‘ willkürlich Hergestelltes geschildert. Dieser schlechten Wirklichkeit gegenüber tritt der angebliche Volkswille mit seinem kategorischen Imperativ, mit der absoluten Forderung der ‚Freiheit‘ schlechtweg...

‚Gerechtigkeit‘, ‚Menschlichkeit‘, ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘, ‚Brüderlichkeit‘, ‚Unabhängigkeit‘ – bis jetzt haben wir weiter nichts in dem panslawistischen Manifest gefunden, als diese mehr oder weniger moralischen Kategorien, die zwar sehr schön klingen, aber in historischen und politischen Fragen *durchaus nichts beweisen*. Die ‚Gerechtigkeit‘, die ‚Menschlichkeit‘, die ‚Freiheit‘ usw. mögen tausendmal dies oder jenes verlangen; ist die Sache aber unmöglich, so geschieht sie nicht und bleibt trotz alledem ein ‚leeres Traumgebilde‘.“ (Hervorhebung im Original)

Heute werden mindestens ebenso wie 1848 für die Erreichung wirklicher allgemeiner Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung nötig sein, was nur unter einem kommunistischen Weltsystem verwirklicht werden kann.

Marx und Engels haben verstanden, daß es im damaligen zaristischen Rußland keine soziale Basis für eine bürgerlich-demokratische Revolution gab. Daher erkannten sie, daß der Panslawismus, was für konfuse Vorstellungen auch immer in Bakunins Kopf vorhanden gewesen sein mögen, nur als Deckmantel für eine Intervention des zaristischen Ruß-

lands in Mitteleuropa und auf dem Balkan dienen konnte. Und tatsächlich, nur ein paar Monate nachdem Engels seine Polemik gegen Bakunin geschrieben hatte, brachte die russische Armee im Bündnis mit Habsburgs Truppen die bürgerlich-demokratische Regierung von Louis Kossuth in Ungarn zu Fall.

In einer wichtigen Hinsicht wurden die Auffassungen von Marx und Engels zur nationalen Frage während der Revolutionen von 1848 durch den weiteren Verlauf der Geschichte widerlegt. Sie bewerteten die Bestrebungen der osteuropäischen Nationalitäten nach nationaler Unabhängigkeit entsprechend ihrer Fähigkeit, einen modernen unabhängigen Nationalstaat zu konsolidieren, der eine wirtschaftliche Entwicklung begünstigt. Sie unterschieden zwischen „revolutionär-demokratischen“ und „reaktionären“ Nationen aufgrund dessen, ob deren nationaler Kampf den europäischen Revolutionen Auftrieb geben würde oder hinderlich für sie wäre. Wie Bakunin waren Marx und Engels entschiedene Verfechter eines unabhängigen Polens, denn die Aufteilung Polens war der Kitt, der die reaktionäre Heilige Allianz von Preußen, Österreich-Ungarn und Rußland zusammenhielt. Aber sie glaubten, daß die Westslawen (Tschechen und Kroaten) zu einer unabhängigen nationalen Existenz nicht in der Lage seien und sich mit der Zeit in die größeren Nationen der Deutschen und Ungarn assimilieren würden.

Ein späterer marxistischer Historiker, der gegenüber Engels' Auffassung über die slawische Frage sehr kritisch war, Roman Rosdolsky, stellte jedoch fest, daß Marx und Engels mit ihrer Einschätzung der Kräfte in den Kämpfen von 1848/49 Recht hatten; er sagte, daß die Rolle, die die „alten Kulturnationen“ (die Deutschen, Ungarn und Polen) spielten, „im ganzen und großen *revolutionär*“ war, „während der sich gegen sie richtende Kampf der Slawen der *Kontrerevolution* zugute kam“ (*Zur nationalen Frage – Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen“ Völker*, 1981). Bakunins Hoffnungen, daß die unterdrückten slawischen Völker 1848 eine revolutionäre Rolle spielen würden, zerschlugen sich. Der Slawenkongreß, der im Juni dieses Jahres in Prag zusammentrat, war gespalten in einen radikalen Flügel, der auf gemeinsame Aktionen mit demokratischen Bewegungen in Deutschland und Ungarn setzte, und einen rechten Flügel, der die „Autonomie“ für die slawischen Regionen im Rahmen der Habsburger Monarchie anstrebte. Der Sabor (die Nationalversammlung) der Südslawen, der zur gleichen Zeit in Zagreb zusammentrat, war fest in der Hand des rechten Flügels, der seine Loyalität für die Habsburger zum Ausdruck brachte und feierlich gelobte, im österreichischen Kaiserreich zu bleiben; nur eine kleine Minderheit versuchte, ihren nationalen Kampf mit dem revolutionären Kampf gegen die feudalen monarchistischen Regime zu verbinden.

Obwohl das *Kommunistische Manifest* den Kampf um die Macht durch das Proletariat als Klasse für sich als den einzigen Weg zur Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung sah, gingen Marx und Engels immer noch davon aus, daß die demokratische Bourgeoisie eine revolutionäre Rolle spielen könnte, wenn sie den rückständigeren Regionen wirtschaftlichen Fortschritt bringen würde, auch durch militärische Eroberungen, so wie Napoleons Armeen früher gegen reaktionäre und klerikale Kräfte in den Gebieten gekämpft hatten, die sie besetzt hatten. Die Revolutionen von 1848 demonstrierten für Marx und Engels, daß die Bourgeoisie – bereits in Angst vor den in Bewegung geratenen plebejischen Massen – nicht länger für ein demokratisches Programm von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ eintreten würde. Die Niederlage dieser Revolutionen bestimmte daher die sich entwickelnden Positionen von Marx und Engels zur nationalen Frage. Die Perspektive der Assimilation kleiner Nationalitäten wie der Tschechen

und Kroaten im Zusammenhang einer europaweiten sozialen Revolution war von der Geschichte überholt worden.

In den nächsten Jahrzehnten erkannten Marx und Engels, daß die Eroberung und Eingliederung von rückständigeren Regionen durch fortgeschrittenere kapitalistische Staaten nur die Versklavung dieser unterdrückten Völker und auch des Proletariats der Unterdrückernationen aufrechterhalten würde. In einem Brief vom 10. Dezember 1869 an Engels trat Marx für die Unabhängigkeit Irlands von England ein und führte aus, daß

„es das direkte, absolute Interesse der English Working Class ist, to get rid of their present connexion with Ireland [von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen]... Die englische working class wird nie was ausrichten, before it has got rid of Ireland [bevor sie sich von Irland gelöst hat]... andererseits die englische Reaktion in England (wie zu Cromwells Zeit) in der Unterjochung Irlands wurzelt.“



Dietz Verlag

Polnische Aufständische schmiedeten 1863 Waffen für den Kampf gegen zaristische Herrschaft. Nach der Niederlage der polnischen nationalen Erhebung gab Bakunin panslawistischen Nationalismus auf und entwickelte die anarchistische Lehre

Bakunins Beichte an den Zaren

Die Konterrevolution, die Mitte 1849 über Mitteleuropa hinwegrollte, erwischte Bakunin im ostdeutschen Staat Sachsen. Wie Engels im Rheinland und in Baden, entschloß er sich, an einem Nachhutgefecht gegen eine militärische Übermacht teilzunehmen – an einem Aufstand in der Stadt Dresden. Im Unterschied zu Engels entkam Bakunin nicht in die Sicherheit des Exils. Er wurde von den sächsischen Behörden gefangen genommen, die ihn an die Österreicher auslieferten, die ihn nach ein paar Jahren an die Russen auslieferten.

Kurz nachdem er 1851 in die Peter-und-Paul-Festung in St. Petersburg eingesperrt worden war, forderte ein höherer Polizeibeamter Bakunin auf, dem Zaren seine Verbrechen zu gestehen, als ob er dies seinem „geistlichen Vater“ gegenüber tun würde. Überraschenderweise hat Bakunin das getan:

„Meine Beichte an SIE, meinen HERRSCHER, wäre in wenigen Worten enthalten: HERRSCHER! Ich bin voll und ganz schuldig vor EURER KAISERLICHEN MAJESTÄT und vor den Gesetzen des Vaterlandes...“

Ja, HERRSCHER, ich werde IHNEN wie einem geistlichen Vater, von dem der Mensch nicht für diese, sondern für die andere Welt Verzeihung erhofft, beichten; ich bitte Gott, daß er mir einfache, aufrichtige, zu Herzen gehende Worte eingebe ohne Falschheit und Schmeichelei, Worte, die würdig sind, ans Herz EURER KAISERLICHEN MAJESTÄT zu dringen.“ (Michail Bakunin, *Brief aus dem Gefängnis – Die „Beichte“*)

Von den Dekabristen der 1820er Jahre über die Volkstümpler der 1870er bis zu den Bolschewiki, Menschewiki und Sozialrevolutionären des frühen 20. Jahrhunderts standen Tausenden von russischen Revolutionären Erschießung, Zuchthaus und Zwangsarbeit in Sibirien bevor. Aber mit der einzigen Ausnahme von Bakunin hat kein prominenter russischer Revolutionär jemals einen unterwürfigen persönlichen Appell an den Zaren gerichtet.

Aber es wäre falsch, Bakunins Beichte für eine Zurückweisung seiner Ansichten-oder sogar für ein scheinheiliges Manöver zu halten, um freizukommen oder das Urteil in eine Verbannung nach Sibirien abgemildert zu bekommen. Das Hauptthema seines überlangen Dokumentes ist es,

Nikolaus I. für die Sache des revolutionären Panslawismus zu gewinnen. Insbesondere appelliert Bakunin an antideutsche Gefühle, von denen er annimmt, daß sie alle wahren Slawen teilen:

„Der Haß gegen die Deutschen ist die wichtigste Voraussetzung der Einheit und Verständigung der Slawen untereinander; er ist jedem Slawen so stark, so tief ins Herz eingegraben, daß ich der festen Überzeugung bin, HERRSCHER, die Slawen werden früher oder später, in irgendeiner Form, wie es eben die politischen Verhältnisse Europas mit sich bringen werden, das deutsche Joch abschütteln, und eine Zeit wird kommen, wo es keine preußischen, keine österreichischen, keine türkischen Slawen mehr gibt...“

HERRSCHER, SIE wissen, wie tief und stark die Sympathien der Slawen für das mächtige russische Zarenreich sind, von dem sie damals Unterstützung und Hilfe erhofften, SIE wissen, wie groß die Furcht der österreichischen Regierung, ja der Deutschen überhaupt vor dem russischen Nationalismus war und ist!“

Der Kern des Programms, das er in seiner „Beichte“ entwickelt – eine Föderation freier slawischer Völker – ist daher der gleiche wie bei seinem „Aufruf“ von 1848, nur daß er es jetzt mit der Hilfe der zaristischen Autokratie erreichen will statt durch ihren Sturz.

Die „Beichte“ sollte man nicht abtun als eine untypische Aktion eines verzweifelten Mannes, die in keinerlei Beziehung steht zum bakunistischen Anarchismus als Doktrin oder Bewegung. Wie wir gesehen haben, war ein zentraler Ausgangspunkt des Anarchismus, daß es eine *universelle Moral* gibt, die über Klassenschranken und -konflikte hinausgeht. Von Bakunins Standpunkt aus war es genauso möglich, den Zaren aller Reußen für ein Programm der nationalen und sozialen Befreiung zu gewinnen, wie einen intellektuell interessierten Adligen oder einen Arbeiter oder einen Bauern. Und tatsächlich, ein Jahrzehnt nachdem er seine „Beichte“ geschrieben hatte, als er aus Rußland geflohen war und in Sicherheit in London lebte, appellierte

Fortgesetzt auf Seite 16

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 15

Bakunin wieder an den Zaren, die slawische nationale Befreiungsbewegung anzuführen! In einer Broschüre aus dem Jahre 1862, *The People's Cause; Romanov, Pugachev, or Pestel (Die Sache des Volkes: Romanow, Pugatschow oder Pestel)*, schreibt er:

„Wir sollten von allen mit größter Freude Romanow folgen, wenn Romanow sich aus einem Petersburger Kaiser in einen Nationalen Zar wandeln könnte und würde... Wir würden ihm folgen, weil er *allein* eine große, friedliche Revolution durchführen und vollenden könnte, ohne einen einzigen Tropfen russischen oder slawischen Blutes zu vergießen.“ (Hervorhebung im Original)

Nikolaus I. beurteilte zwar Bakunins „Beichte“ als „sehr seltsam und aufschlußreich“, er entschied aber, dessen Autor auch weiterhin unter den harten Bedingungen in der Peter-und-Paul-Festung gefangenzuhalten. Erst 1857 wurde Bakunin, zum großen Teil aufgrund der Intervention seiner Familie, aus dem Gefängnis entlassen und nach Sibirien verbannt. Ein paar Jahre später konnte er von dort fliehen, schaffte es, den Pazifik zu überqueren, und landete schließlich in London, wo er sich Alexander Herzens Zirkel anschloß. Zu diesem Zeitpunkt war Bakunins Politik immer noch eine linke – aber rabiat antideutsche – Version von panslawistischem Nationalismus. In einem Brief an seine Schwägerin schrieb er 1862: „Ich kümmere mich einzig und allein um die polnische, die russische und die panslawistische Sache, und ich predige, systematisch und mit glühender Überzeugung, Haß auf die Deutschen“ (zitiert in E. H. Carr, *Michael Bakunin*, 1937).

Bakunins Laufbahn als linker panslawistischer Nationalist ging 1863 mit der Niederlage des polnischen nationalen Aufstands gegen die zaristische Selbstherrschaft zu Ende. Er versuchte, nach Polen zu kommen, um persönlich an den Kämpfen teilnehmen zu können, aber er blieb in Schweden hängen. Er und Herzen brachten Aufrufe heraus, in denen russische Demokraten aufgefordert wurden, die Polen zu unterstützen, und in denen an russische Soldaten appelliert wurde, nicht auf ihre polnischen Brüder zu schießen. Zur gleichen Zeit kritisierte Bakunin die aristokratischen Führer des polnischen Aufstands scharf dafür, daß sie sich einer Agrarrevolution entgegenstellten. Seine Enttäuschung über den polnischen Nationalismus brachte ihn dazu, auch dem Panslawismus den Rücken zu kehren. Also suchte sich Bakunin etwas Neues und entwickelte dementsprechend auch eine neue politische Doktrin.

Die Geburt der anarchistischen Bewegung

1864 ging Bakunin nach Italien, wo er sich einem Zirkel um Fürstin Soje Obolonski anschloß, einer reichen russischen Adligen, die radikale Ideen unterstützte. Gerade die Großzügigkeit dieser russischen Fürstin ermöglichte es Bakunin, seine erste Geheimgesellschaft zu gründen. Ihre ersten Mitglieder waren hauptsächlich deklassierte Intellektuelle, die sich an der italienischen nationalistischen Bewegung beteiligt hatten, die aber vom konservativen bürgerlichen Staat des vereinigten Italiens enttäuscht worden waren, der aus dem Risorgimento hervorgegangen war. Als Fürstin Obolonski ein paar Jahre später in die Schweiz ging, folgte Bakunin seiner Gönnerin dorthin, und er sollte, bis auf gelegentliche Auslandsreisen, bis zu seinem Tod 1876 in der Alpenrepublik bleiben.

Während seines Italien-Aufenthaltes entstand der bakunistische Anarchismus sowohl als Doktrin als auch als Bewegung. Bei seinen Aufrufen zur Revolution im Namen des Anarchismus wendete sich Bakunin an die *gleichen sozialen*

Schichten – nur jetzt in Südeuropa –, an die er vorher im Namen des demokratischen Panslawismus appelliert hatte: deklassierte Intellektuelle wie er selber, verarmte Handwerker und andere Elemente städtischer Plebejer, arme Bauern und Landarbeiter. Der *Revolutionäre Katechismus* von 1866, geschrieben für die Internationale Bruderschaft, ist eine klare und schlüssige Darstellung von Bakunins Programm. Seine anschließenden Schriften sind in großem Maße eine Ausarbeitung und Verteidigung der Positionen, die er in diesem Dokument zum ersten Mal dargelegt hatte. Der *Katechismus* bekräftigt, was zum grundlegenden negativen Prinzip des Anarchismus werden sollte: „...die radikale Auflösung des zentralistischen, bevormundenden, autoritären Staates mit allen militärischen, bürokratischen, regierenden, verwaltenden, gerichtlichen und bürgerlichen Einrichtungen“ (aus: *Michail Bakunin Werke [1866–1873], „Prinzipien und Organisation einer internationalen revolutionär-sozialistischen Geheimgesellschaft“*, 1866). Dieses Dokument formuliert auch das grundlegende positive Element des anarchistischen Programms: „*Innere Reorganisation jedes Landes mit der absoluten Freiheit der Individuen, produktiven Assoziationen und Gemeinden als Ausgangspunkt und Grundlage*“ (Hervorhebung im Original). Diese autonomen Gemeinden würden sich aus freiem Entschluß zu autonomen Provinzen zusammenschließen, die sich wiederum ebenso frei zu autonomen Nationen zusammenschließen würden.

Die Gesellschaft, die Bakunin vor Augen hatte, ist in vielerlei Hinsicht attraktiv. Im Unterschied zum reaktionären bigotten Proudhon sind Bakunins Ansichten zu sozialen Fragen wirklich libertär (bis auf eine starke Dosis von Antisemitismus). Er glaubte an die Freiheit und Gleichheit der Geschlechter: „Die religiöse und die Zivilehe werden durch die *freie Ehe* ersetzt. *Zwei großjährige* Personen verschiedenen Geschlechts haben das Recht, sich nach eigenem Willen, ihren gegenseitigen Interessen und ihren Herzensbedürfnissen zu vereinigen und zu trennen, ohne daß die Gesellschaft das Recht hätte, ihre Vereinigung zu verhindern oder dieselbe gegen ihren Willen aufrechtzuerhalten.“ Bakunin unterstützte auch die Rechte von Kindern gegen tyrannische und ausfallende Eltern, eine damals ungewöhnlich fortschrittliche Einstellung. Und was alte Menschen angeht: „Alte Leute, Arbeitsunfähige und Kranke, mit Sorgfalt und Achtung umgeben und alle politischen und sozialen Rechte genießend, werden auf Kosten der Gesellschaft reichlich gepflegt und unterhalten werden.“ Letzten Endes stimmen die kommunistische und die anarchistische Vision darüber, wie eine anstrengenswerte Gesellschaft aussehen soll, weitgehend überein. Der Unterschied – und das ist die Differenz – besteht darin, wie man dorthin gelangt.

Wenn man den *Revolutionären Katechismus* unter diesem Aspekt sorgfältig und kritisch liest, treten offensichtliche Widersprüche zutage. Bakunin, der von Natur aus sehr kämpferisch war, war nicht so naiv zu denken, daß die Beziehungen zwischen Provinzen und Nationen immer ohne Konflikte sein würden. Er sah deshalb ein internationales Tribunal mit erheblicher Macht vor:

„*Das internationale Gericht* hat keine andere Mission, als in letzter Instanz zwischen Staaten und deren Provinzen Recht zu sprechen...

Kein föderierter Staat darf je gegen einen anderen föderierten Staat Krieg führen. Wenn das *internationale Parlament* sein Urteil gesprochen hat, muß sich der verurteilte Staat unterwerfen. Tut er dies nicht, so müssen alle anderen Staaten der Föderation ihren Verkehr mit ihm abbrechen ... und im Fall eines Angriffs auf sie, sich solidarisch gegen ihn rüsten.“

Ein internationales Gremium, das die Macht hat, militäri-

sche Aktionen gegen eine „Aggressor“-Nation zu sanktionieren, ist tatsächlich ein *weltweiter Superstaat* – welchen Namen auch immer Bakunin vorgezogen hat –, der eindeutig mit einer organisierten Militärmacht ausgestattet wäre, um einen „Überfall zurückzuschlagen“.

Der grundlegende Widerspruch im *Revolutionären Katechismus* und vom bakunistischen Anarchismus im allgemeinen ist sein Eintreten für wirtschaftliche Gleichheit im Weltmaßstab einerseits und für extreme politische Dezentralisierung andererseits. Selbst in den 1860er Jahren trennten enorme Ungleichheiten die verschiedenen Regionen Europas, von der übrigen Welt ganz zu schweigen. Bakunins Programm forderte, daß jede Gemeinde für die kostenlose Ausbildung aller Kinder sorgen solle. Sehr gut. Aber wie sollten die Kinder von Bauern in Süditalien oder Spanien, die selber nicht lesen und schreiben können, das gleiche Ausbildungsniveau wie Kinder von qualifizierten Handwerkern in den relativ wohlhabenden Städten der Schweiz oder im westlichen Deutschland erreichen? Das Anheben des Lebensstandards in Spanien, um den der Schweiz zu erreichen, würde eine massive Umverteilung der weltweiten Ressourcen zugunsten der weniger entwickelten Länder erfordern, was kaum vereinbar ist mit lokaler Autonomie und Dezentralisierung.

Offensichtlich würden einige Gemeinden und Provinzen einen viel höheren Lebensstandard haben als andere aufgrund von Unterschieden in der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, in der industriellen Entwicklung, im kulturellen Niveau der Bevölkerung usw. Aber keine einzige von Bakunins zahlreichen Schriften über anarchistischen Föderalismus geht auf diese Frage ein. Wie sollen zum Beispiel

die Handelsbedingungen zwischen Gemeinden, Provinzen und Nationen festgelegt werden, von denen die einen landwirtschaftliche Produkte exportieren und die anderen Industriewaren? Durch Marktkonkurrenz? Bakunin hätte dies entschieden zurückgewiesen. Durch die Entscheidungen eines internationalen Tribunals? Wie würden dann solche Entscheidungen durchgesetzt werden?

Hätte man die Frage, wie man wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Regionen überwinden kann, Bakunin und seinen Anhängern wie Kropotkin gestellt, dann hätten sie zweifellos geantwortet: Die wohlhabenderen Gemeinden, Provinzen und Nationen werden *freiwillig* ihre Ressourcen mit den ärmeren teilen. „Der Mensch“, so schrieb es Bakunin vor, „sollte die Freiheit, Moral und Menschlichkeit aller Menschen wünschen im Interesse seiner eigenen Menschlichkeit, seiner eigenen Moral und seiner persönlichen Freiheit“ (*The Knouto-German Empire and the Social Revolution* [Das Knutogermanische Kaiserreich und die soziale Revolution, 1871]). Trotz des militanten Atheismus von Bakunin, Kropotkin & Co. war der klassische Anarchismus im Grunde eine säkulare Form des Glaubens an ein christliches Tausendjähriges Reich. Am Tag nach der Revolution würde die Menschheit eine moralische Erneuerung durchmachen und von nun an ein Leben nach dem Moralgesetz führen: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Diese idealistische Vision war die eigentliche Ursache für den politischen Konflikt zwischen dem bakunistischen Anarchismus und dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels, der die Interessen des modernen Industrieproletariats zum Ausdruck bringt.

[WIRD FORTGESETZT]

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 11

tiefgreifende programmatische Feindseligkeit gegen das Land der Oktoberrevolution. Seit dem Koreakrieg 1950–53, als Cliff mit dem Trotzismus brach – er weigerte sich, Nordkorea gegen den US-Imperialismus zu verteidigen –, war das angebliche „Dritte Lager“ von Cliffs Anhängern („Weder Washington noch Moskau“) nur eine leere Hülse; immer und immer wieder stellten sie sich auf die Seite des Imperialismus (zuerst verschleiert, dann offen) gegen die Sowjetunion.

Die Opposition gegen den Stalinismus von einem revolutionären, trotzkistischen Standpunkt aus bedeutete die Verteidigung der gesellschaftlichen Fundamente der Sowjetunion: zentral die Existenz einer geplanten kollektivierten Wirtschaft, die notwendige Vorbedingung für die Schaffung einer internationalen klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft. Der trotzkistische Aufruf zu proletarisch-politischer Revolution, um die stalinistischen Usurpatoren zu stürzen, beruhte auf unserer Verteidigung der Oktobererrungenschaften, einschließlich unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion gegen innere Konterrevolution und imperialistischen Angriff. In seiner oben zitierten Rede vom Jahr 1939 erklärte James P. Cannon:

„Die Sowjetunion ging aus der Oktoberrevolution als ein Arbeiterstaat hervor. Als ein Ergebnis der Rückständigkeit und Armut des Landes und der Verzögerung der Weltrevolution entstand und triumphierte eine konservative Bürokratie, sie zerstörte die Partei und bürokratisierte die Wirtschaft. Jedoch eben diese Bürokratie operiert immer noch auf der Grundlage des nationalisierten Eigentums, das durch die Revolution errichtet wurde. Das ist das entscheidende Kriterium für unsere Beurteilung der Frage.“ (*Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988)

Das Martyrium Afghanistans ist ein unmittelbares Produkt der konterrevolutionären Katastrophe, deren Ergebnis die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion ist. Dies hat reaktionäre Kräfte ermutigt, nicht nur in rückständigen Regionen wie Afghanistan, sondern auch in Westeuropa und den USA. Diverse bürgerliche Kommentatoren erheben mahnend den Zeigefinger über die Schrecken, die durch *islamische* Fundamentalisten in *Afghanistan* verübt werden, doch auch die christlichen Fundamentalisten, in den USA wie in Deutschland, wollen mit ihren „familienfreundlichen Werten“ die Frauen zurück ins Heim treiben. Das zeigt sich in den Angriffen von „Lebensschützer“-Terroristen auf Frauen, die abtreiben wollen, und in der zunehmenden Barbarei des rassistischen kapitalistischen „Justiz“systems, das zum Beispiel auf die Kastration von „Trieftätern“ zurückgreift.

Die Greuel, die sich heute in Afghanistan abspielen, sind der krasseste Ausdruck der Alternative, die sich im Laufe des ganzen Jahrhunderts immer schärfer und immer dringender gestellt hat: Sozialismus oder Barbarei. Wenn junge Kämpfer gegen die soziale Unterdrückung vorgehen und neue Siege erringen sollen, müssen sie die Lehren vergangener Kämpfe und Niederlagen studieren und sich einprägen, auch die der welthistorischen Niederlage, die die Zerstörung der verbliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution darstellt. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen für einen neuen Oktober, in Deutschland und international. Wir kämpfen international dafür, bolschewistische Parteien zu schmieden, die die Arbeiter – als Tribun und an der Spitze aller Unterdrückten – zur Macht führen können und zu einer Gesellschaft, in der die kapitalistische Unterdrückung und die Versklavung der Frauen Relikte einer barbarischen Vergangenheit sein werden.

Nach *Workers Vanguard* Nr. 654, 25. Oktober 1996

**Spartakist-
Jugend**

BSA denunziert Kampf gegen Rassismus als „Besessenheit der Spartakisten“

In *Spartakist* Nr. 124 (September/Oktober 1996) zeigten wir am Beispiel der französischen Massenstreiks Ende letzten Jahres, wie der vorgeblich trotzkistische Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) zum Thema Rassismus bestenfalls *laut schweigt*. Die Streikwelle ereignete sich, als das öffentliche Leben in Frankreich von „Vigipirate“ beherrscht wurde, dem von der Regierung verordneten rassistischen Terror gegen „Immigranten“: Militär und Polizei durchkämmten die Straßen und Metro-Stationen nach dunkelhäutigen Passanten, von denen viele im Land geboren sind und die französische Staatsbürgerschaft haben. Im Kampf für die Ausweitung der Streiks auf den Privatsektor mit seinem strategischen Anteil an Arbeitern aus dem Maghreb und anderen Teilen Afrikas intervenierten unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) entschieden dafür, daß die Streikenden „Vigipirate“ zurückschlagen. Und was sagt der BSA dazu? In seinem Artikel „Spartakist, Rassismus und die Arbeiterklasse“ (*neue Arbeiterpresse*, 10. Oktober) bestätigte er, was er schon auf seiner Berliner Veranstaltung und in seiner voluminösen achteiligen Artikelserie über Frankreich bewiesen hatte: „Vigipirate“ ist ihm keine Erwähnung wert. Für ihn zeigt der Kampf gegen den rassistischen Staatsterror nur die „Besessenheit des *Spartakist* mit der Frage des Rassismus“!

Die französische Streikwelle war die bisher größte Klassenschlacht gegen die in Maastricht diktierten Sparprogramme gegen Arbeiter, Frauen und Immigranten. Mit der Zerstörung der Sowjetunion – ein degenerierter Arbeiterstaat, der durch jahrzehntelange stalinistische bürokratische Herrschaft unterminiert und erwürgt wurde – haben sich die interimperialistischen Rivalitäten enorm verschärft. Um die Ausbeutungsrate hochzuschrauben und unter der Führung des wiedervereinigten deutschen Imperialismus eine „Festung Europa“ auszubauen, werden die Gewerkschaften angegriffen und die Immigranten zum Sündenbock für die Angriffe auf die Sozialleistungen der Nachkriegsära gemacht.

In ganz Westeuropa ist der rassistische Terror das hervorstechende Merkmal der „Neuen Weltordnung“. Der BSA jedoch behauptet glatt: „Eine Untersuchung der Streikbewegung vom November und Dezember zeigt, daß der Rassismus darin überhaupt keine Rolle spielte.“ Damit steht der BSA in völligem Einklang mit der Gewerkschaftsbürokratie, gegen die er in Opposition zu sein behauptet. Denn mit seiner Ignoranz gegenüber dem Rassismus deckt der BSA den chauvinistischen Protektionismus der sozialdemokratischen und exstalinistischen Gewerkschaftsbürokraten ab, die bei der rassistischen Regierungsoffensive mitmachen und die Streiks auf ihrem Höhepunkt ausverkaufen. Diese Irreführer sind es, die im Interesse der Kapitalisten den Rassismus in die Arbeiterklasse hineinragen.

Der Kampf gegen „Vigipirate“ war eine Frage elementarer Selbstverteidigung; unsere Genossen der LTF traten gegen jede Form der Diskriminierung ein, gegen die Abschiebungen und für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten. Während der BSA behauptet, daß wir damit unsere „tiefverankerte Skepsis in die revolutionären Möglichkeiten der Arbeiterklasse“ zeigten, und uns die Auffassung unterstellt, „daß die Arbeiter selbst Rassisten sind“, ist ganz im

Gegenteil der Kampf gegen den Rassismus eine grundlegende Voraussetzung, um die Macht der Arbeiterklasse für ihre eigenen Klasseninteressen zu entfalten. Und das bedeutet vor allem, einen Kampf sowohl gegen die prokapitalistische, nationalistische Gewerkschaftsbürokratie als auch gegen rückständige Vorurteile innerhalb der Arbeiterklasse selbst zu führen. Wie wir bei den französischen Streiks hervorhoben, muß in diesem Kampf eine neue, revolutionäre Führung geschmiedet werden – eine leninistische Partei, die für eine Arbeiterregierung kämpft, die das ganze kapitalistische System hinwegfegt.

In Deutschland ist die Verteidigung der kurdischen PKK der Brennpunkt des Kampfes gegen die Hetze der Imperialisten und ihrer sozialdemokratischen Lakaien gegen Immigranten. Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) führte eine internationale Protestkampagne durch und die SpAD beteiligte sich an zahlreichen Demonstrationen gegen das Verbot der PKK und der kurdischen Vereine, ohne gleichzeitig unsere grundlegende Gegnerschaft zum Nationalismus der PKK zu verbergen. Ausführlich berichtete auch die BSA-Presse über den staatlichen Terror gegen die kurdischen Newroz-Feste im letzten Frühjahr, als Massenverhaftungen gegen Kurden durchgeführt wurden, begleitet von einer unglaublichen Hetze in den Medien. Dem bürgerlichen Staat diente hier die „Gewalttätigkeit der Kurden“ als Vorwand – und genau in diese Kampagne reihte der BSA sich ein: In „Unser Standpunkt“ verkündete er, daß sich „PKK-Kader bei den Demonstrationen wie professionelle Provokateure des Verfassungsschutzes verhalten und damit dem deutschen Staatsapparat in die Hände spielen“ (*neue Arbeiterpresse*, 28. März). Der BSA mag behaupten, er sei gegen das Verbot der PKK. Doch indem er militante Kurden für den Staatsterror verantwortlich macht, weil sie ihre Verfolgung nicht passiv hinnehmen, liefert er dem Staat die Rechtfertigung für die Repression gegen Kurden und für das verschärfte „Ausländer“gesetz.

Eine Organisation wie der BSA, die den Kurden in den Rücken fällt, die die Kämpfe gegen rassistische Unterdrückung denunziert und damit der Teile-und-herrsche-Politik der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten ein Alibi liefert, verbreitet nicht einfach nur reformistische Illusionen in den Staat. Der BSA und sein von David North geführtes „Internationales Komitee“ kann vieles sein – nur nicht eine leninistische Partei. Statt dessen sind sie politische Banditen: Ihr besonderes Kennzeichen besteht darin, unter „orthodoxer“ Rhetorik in die gleiche Kerbe zu hauen wie die Bourgeoisie.

Während des Kalten Krieges unterstützte der BSA jede konterrevolutionäre antisowjetische Bewegung, die existierte: die frauenfeindlichen Mudschaheddin-Killer in Afghanistan, die antisemitische klerikal-reaktionäre Solidarność in Polen, die von Faschisten durchgesetzten litauischen Nationalisten usw. Zu Hause unterstützte der BSA loyal die SPD, solange sie das ideologische Bollwerk des proimperialistischen Antikommunismus in ganz Europa war. Noch 1990 rief er zur Wahl des Kanzlerkandidaten Lafontaine auf, der eine Vorreiterrolle bei der Abschiebung der Roma spielte.

Jetzt, wo die UdSSR zerstört ist und die Gewerkschaften im Fadenkreuz der Bourgeoisie sind, behauptet der BSA:

„Die Verwandlung der Gewerkschaften in Werkzeuge der Unternehmer und der Regierung ist vollständig und unwiderruflich“ (*neue Arbeiterpresse*, 25. April). Der Widerspruch zwischen der prokapitalistischen Gewerkschaftsführung und der Arbeiterbasis existiert für ihn nicht. Während der BSA also früher in einer Front mit SPD/DGB-Führern gegen die Sowjetunion hetzte, wendet er sich jetzt dem zu, was auf der Tagesordnung der Bourgeoisie als nächstes kommt: die Zerstörung der Gewerkschaften. Im Gegensatz dazu standen wir zur bedingungslosen Verteidigung der UdSSR und kämpften für proletarische politische Revolutionen, um die stalinistischen Bürokraten zu stürzen. Und in den Gewerkschaften kämpfen wir dafür, die Bürokraten durch einen revolutionären politischen Kampf rauszuschmeißen.

Um nicht über seine eigene Logik stolpern zu müssen, leugnet der BSA einfach, daß die Gewerkschaften CGT und FO zu den französischen Streiks aufgerufen hatten. Wie wir in *Spartakist* (Januar/Februar 1996) bemerkten, „befanden sich die reformistischen Bürokraten tatsächlich in einem zeitweiligen *Block* mit den Arbeitern“, allerdings um ihre eigenen Pfründe zu verteidigen. Wir Trotzisten wollen gegen die nationalistischen Führer die Gewerkschaften zur ersten Verteidigungslinie der Immigranten machen. Gegen die Teile-und-herrsche-Politik der herrschenden Klasse und der Sozialdemokratie ist die Verteidigung von Immigranten der hauptsächliche Hebel, mit dem die Einheit der Arbeiterklasse erkämpft werden wird.

Unsere Perspektive fand beim Kampf gegen die Abschiebung der afrikanischen Kirchenbesetzer im August eine machtvolle Bestätigung: Große Gewerkschaftsblöcke beteiligten sich in Paris an den Protesten gegen die Abschiebung. Als die Kirche schließlich brutal von der Polizei geräumt wurde, verweigerten Piloten und Flughafenarbeiter ihre Mitwirkung bei der Deportation der Flüchtlinge. Nun aber schreibt der BSA mit bodenlosem Zynismus (*neue Arbeiterpresse*, 29. August), die Räumung der Kirche „signalisiert eine dramatische Verschärfung der staatlichen Angriffe auf ausländische Arbeiter“ – eben derjenigen Angriffe, die laut BSA vor einem Jahr „überhaupt keine Rolle“ spielten.

Der BSA behauptet einen mechanischen Zusammenhang zwischen dem Anstieg des Klassenkampfes und dem Rückgang von Rassismus und Nazi-Terror. So schreibt er in seinem Artikel vom 10. Oktober: „Die Streikbewegung hat die ausländischerfeindliche Kampagne der Regierung sogar erkennbar untergraben. Die Operation ‚Vigipirate‘ ... verschwand im Hintergrund und Le Pens Nationale Front verhielt sich auffallend schweigsam.“ Aber gerade schärfere Klassenpolarisierungen veranlassen die Bourgeoisie zum Aufbau rassistischer Gegenmobilisierungen, besonders wenn sie sich in

ihrer Herrschaft bedroht fühlt. Genau das ist in Deutschland passiert, wo aufgrund der mangelnden Vorbereitung der KPD die Revolutionen von 1918/19 und 1923 die bürgerliche Ordnung erschütterten, ohne sie zu stürzen. Die Bourgeoisie schlug zurück, indem sie die Hitler-Faschisten finanzierte und aufmarschieren ließ, um das deutsche Proletariat zu zerschlagen.

Wir Spartakisten kämpfen daher für unabhängige Mobilisierungen der Arbeiterbewegung und den Aufbau von Arbeitermilizen (dafür sind Streikposten die Keimzellen, wie Trotzki hervorhob), um die Nazis hier und jetzt zu stoppen. Unsere Genossen in den USA haben eine Reihe von Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierungen initiiert, die gerade durch Gewerkschaftsunterstützung erfolgreich die Nazi- und Ku-Klux-Klan-Mörder gestoppt haben. Man sucht den BSA und sein Internationales Komitee vergeblich, wenn es darum geht, die Faschisten zu stoppen. Ihr *einziges* Interesse an solchen Kämpfen besteht darin, diese zu *diffamieren*. Als 1982 eine dieser Mobilisierungen 5000 hauptsächlich schwarze Arbeiter und Jugendliche auf die Straßen der Hauptstadt Washington, D.C. brachte und einen Klan-Terror-Aufmarsch verhinderte, schloß sich David Norths Workers League wieder einmal dem Chor der lokalen bürgerlichen Presse an und verleumdete die Demonstranten als „Provokateure“.

Laut BSA ist der Rassismus „nur eine sekundäre und zufällige Grundlage für die unterdrückerische Rolle der Polizei“, wie er in einem Kommentar zum Mordprozeß des amerikanischen schwarzen Football-Stars O.J. Simpson schreibt (*neue Arbeiterpresse*, 12. Oktober 1995). Das sollte er mal dem schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal in der Todeszelle erzählen, oder der Familie von Halim Dener, dem kurdischen Jugendlichen, der in Hannover von einem Bullen von hinten erschossen wurde für das „Verbrechen“, ein PKK-freundliches Plakat aufgehängt zu haben. Demgegenüber schrieb Abraham Léon, ein belgischer Trotzki, der im Alter von 26 Jahren in Auschwitz ermordet wurde, in seinem Werk *Die jüdische Frage* (ausgerechnet vom BSA-Verlag neu aufgelegt): „Der Rassismus ist also in erster Linie die ideologische Verkleidung des modernen Imperialismus... Die kapitalistischen Widersprüche, die sich im 20. Jahrhundert extrem verschärfen, führen auch zu einer Verschärfung des externen und des internen Rassismus.“ Entscheidend ist, die Kämpfe der Unterdrückten mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse zu verknüpfen, die allein imstande ist, auf den Trümmern der alten Gesellschaft eine neue, kommunistische Welt ohne Rassismus, Chauvinismus und Ausbeutung zu errichten. Die Spartakist-Jugend kämpft gemeinsam mit der SpAD für den Aufbau einer revolutionären Partei, die in Lenins Worten als „Volkstrieb“ aller Unterdrückten kämpft. ■

Stoppt die Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 5

als sie die DDR an die Imperialisten übergab. Die Stalinisten verkauften das ostdeutsche Proletariat aus, so wie es die SPD/DGB-Spitzen jetzt mit der Arbeiterklasse tun.

Sobald die DDR und die Sowjetunion zerstört waren, hatte die deutsche Bourgeoisie keine Veranlassung mehr, die Leistungen des „Sozialstaates“ beizubehalten. Jetzt zeigt die rachsüchtige Bourgeoisie, die sich fälschlicherweise durch den Bankrott des Stalinismus von der Gefahr einer Arbeiterrevolution befreit glaubt, den Arbeitern die geballte Faust, indem sie versucht, an den alten Stalinisten ein Exempel zu statuieren. In den letzten Jahren wurden bereits Zehntausende Werktätige, darunter berühmte Wissen-

schaftler und Künstler, durch die Hexenjagd gefeuert. Die SPD, die als trojanisches Pferd für die kapitalistische Konterrevolution in der Ex-DDR operiert hat, treibt diese Vergeltungsmaßnahmen der herrschenden Klasse voran; seit dem 4. August 1914 dient sie loyal ihren kapitalistischen Herren. Die SPD hat die von Spartakus geführte Arbeiterrevolution 1918/19 in Blut ertränkt. Während des Kalten Krieges war sie in ganz Europa das ideologische Bollwerk des proimperialistischen Antikommunismus.

Alle Arbeiterorganisationen sollten sich diesen Verfolgungen und Schauprozessen entgegenstellen, die von seiten der herrschenden Klasse in Wirklichkeit auf die Arbeiterklasse selbst abzielen. Hände weg von den Angeklagten der „Mauerprozesse“! Freiheit für Safwan Eid, Birgit Hogefeld und alle linken politischen Gefangenen! ■

Immigration...

Fortsetzung von Seite 24

wie z. B. die Nationale Front von Jean-Marie Le Pen und die Freiheitlichen von Jörg Haider, auf einer Plattform der „ethnischen Säuberung“ entstanden – der massenhaften Vertreibung von Nichteuropäern, die in ihren Ländern leben. Glyn Ford, ein Abgeordneter der britischen Labour Party im Europa-Parlament, beklagt „den zunehmenden Morast des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit, der durch den Rechtsextremismus gefördert wird und in dem unsere Gesellschaften zu versinken drohen“. Aber diejenigen, die diese Tendenz beweinen und gleichzeitig den Rahmen des Kapitalismus akzeptieren, können nichts tun, um dagegen Widerstand zu leisten oder zu verhindern, daß die „respektable“ Politik immer tiefer in eine Orgie von chauvinistischen Angriffen auf Immigranten hinabsinkt.

Verständlicherweise identifizieren sich heute Militante aus der Immigrant*innenbevölkerung Westeuropas, die in Ghettos unter rassistischer Polizeibesatzung lebt, mit den amerikanischen Schwarzen, mit ihren historischen Kämpfen und insbesondere mit ihren radikalsten Fürsprechern. Die starke Persönlichkeit sowie die Schriften und Reden von Malcolm X – der den „revolutionären“ schwarzen Nationalismus in den USA der 60er Jahre inspirierte – werden von jungen Nordafrikanern und Schwarzen in Frankreich ebenso bewundert wie von Jugendlichen afrikanischer und karibischer Herkunft in Britannien. Gruppen in Europa, die die Rechte von Immigranten verteidigen, haben sich an der internationalen Kampagne zur Rettung von Mumia Abu-Jamal beteiligt, einem ehemaligen Black Panther und radikalen Journalisten, der im US-Bundesstaat Pennsylvania in der Todeszelle sitzt als Ergebnis einer abgekarteten Anklage durch Polizei und FBI. Sie sehen in Mumia nicht bloß ein Opfer der Ungerechtigkeit, sondern einen Mitstreiter im Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen.

In der Vergangenheit wurde die Existenz einer großen unterdrückten „Minderheit“ von Schwarzen als einmalige Besonderheit der USA betrachtet. Heute trifft man aber auf die umgekehrte Tendenz, nämlich bestimmte *grundsätzliche Unterschiede* im gesellschaftlichen Charakter zwischen der amerikanischen schwarzen Bevölkerung und den in jüngerer Zeit herausgebildeten nichteuropäischen Gemeinden in

Westeuropa nicht zu erkennen.

Die Nachkommen schwarzer Afrikaner, die bei der Entstehung des kapitalistischen Systems versklavt und in Ketten in die Neue Welt gebracht wurden, waren *unerläßlich und zentral* zur Herausbildung der amerikanischen Nation und später des amerikanischen Nationalstaates. Die amerikanische Nation bildete sich in der Ära des Handelskapitalismus durch die britische Besiedlung der Kolonien in einem Gebiet mit einer spärlichen Bevölkerung von Ureinwohnern, die eine Steinzeitkultur hatten und sich in erschreckendem Maße als anfällig für Krankheiten aus Afrika, Europa und Asien erwiesen. Die massenweise Einfuhr von Sklaven aus Afrika südlich der Sahara lieferte die Arbeitskräfte für die Etablierung der Großplantagenwirtschaft in dem südlichen Teil der nordamerikanischen Kolonien Britanniens. Die Eigentümer dieser mit Sklaven betriebenen Plantagen, die eine aristokratische Mentalität entwickelten, ähnlich wie die des europäischen Landadels, wurden zu einem dominierenden Bestandteil der herrschenden Klasse in den amerikanischen Kolonien Britanniens.

Als die Kolonien gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Unabhängigkeit von Britannien erlangten, wurden die Vereinigten Staaten von Amerika als eine bürgerliche Demokratie für weiße, männliche Eigentümer gegründet. Innerhalb weniger Generationen jedoch wurde das männliche Wahlrecht auf die weißen unteren Klassen ausgeweitet. Die Plantagenwirtschaft in den Südstaaten, im wesentlichen der Anbau von Baumwolle, lieferte die hauptsächlichen Exportgüter des jungen amerikanischen bürgerlichen Staates und damit die finanziellen Mittel für das schnelle Wachstum des Handels- und Industriekapitalismus im Norden, der auf der „freien“ Lohnarbeit beruhte.

Die sich verschärfenden Interessenkonflikte zwischen den Plantagenbesitzern im Süden und dem aufblühenden Kapital im Norden führte zu einem richtigen Bürgerkrieg in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts; dessen Ergebnis war die Abschaffung der Sklaverei, als die Nordstaaten, zum Teil wegen der Rekrutierung von Hunderttausenden Schwarzen zur Armee der Union, siegten. Nach einem stürmischen Jahrzehnt der bürgerlichen Demokratie für Weiße wie Schwarze (der „Radikalen Rekonstruktion“) wurde im Süden eine neue Form der weißen Vorherrschaft errichtet. Das sogenannte Jim-Crow-System der gesetzlich erzwungenen Segregation und der totalitären Kontrolle durch einen Polizeistaat dauerte über 75 Jahre lang, bis die Bürgerrechtskämpfe Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre den Anschein von bürgerlicher Demokratie in dieser Region mit sich brachten.

Amerikanische Schwarze haben mit Weißen die zwei Hauptfaktoren einer nationalen Kultur *immer* geteilt: die (englische) Sprache und die (christliche) Religion. Interessanterweise nannten die Indianer des Flachlands – die Ureinwohner im mittleren Teil Nordamerikas – die Schwarzen, als sie ihnen gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal begegneten, „den schwarzen weißen Mann“. Die Schwarzen in den USA bilden eine *unterdrückte, durch ihre Hautfarbe definierte Kaste*, die in die amerikanische kapitalistische Wirtschaft integriert ist, auch in strategisch bedeutende Teile des Industrieproletariats, während sie gleichzeitig zum großen Teil ganz



Detroit News

Schwarze Arbeiter waren kämpferischer Teil der Streikenden bei Chevrolet in Detroit/USA Mitte der 40er Jahre, während im Süden rassistische Segregation herrschte. Der Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen ist Schlüssel für amerikanische Arbeiterrevolution

Freiheit für Safwan Eid!



Lübeck, 2. November: Kämpferische Demo von Immigranten und Jugendlichen für Safwan Eid, selbst Opfer des Brandanschlags im Januar. Mit abgekarteten Anklagen will die Bourgeoisie die rassistischen Mörder reinwaschen. Spartakist-Plakate lauteten: „Rassistischer Staatsterror von CDU/SPD: Rammbock für Sozialraub“ und „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“

unten in der amerikanischen bürgerlichen Gesellschaft ausgegrenzt ist.

Es wird keine soziale Revolution in den Vereinigten Staaten geben ohne den vereinten Kampf schwarzer und weißer Arbeiter unter der Führung ihrer Avantgardepartei, die sich aus Menschen aller Hautfarben zusammensetzt und die konsequenteste und aktivste Verteidigerin aller besonders unterdrückten Schichten der Gesellschaft sein muß. Die revolutionären Kader werden sicherlich in großer Zahl von schwarzen Proletariern kommen, in dem Maß, wie Militante zu der Erkenntnis gewonnen werden, daß es keinen anderen Weg zur Beseitigung der besonderen Unterdrückung der Schwarzen geben kann als die Machtergreifung durch die amerikanische Arbeiterklasse.

Kapitalistische Konterrevolution schürt Rassismus gegen Immigranten

Im Unterschied zur Kaste der Schwarzen in den USA stellt die Existenz einer zahlreichen nichtweißen Bevölkerung in Westeuropa historisch gesehen eine Entwicklung jüngster Zeit dar. Erst in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts wurden die Karibischen Inseln und der indische Subkontinent anstelle von Irland zu den wichtigsten Herkunftsländern der Immigration nach Britannien. Erst in den 70er Jahren gab es mehr türkische als italienische „Gastarbeiter“ in Westdeutschland. Und erst im vergangenen Jahrzehnt gab es in Italien mehr Arbeiter aus anderen Ländern, hauptsächlich nordafrikanische Araber, als umgekehrt Italiener in anderen europäischen Ländern arbeiteten. Man sieht also in jüngster Zeit die Herausbildung großer nichteuropäischer, vorwiegend traditionell islamischer Gemeinden (abgesehen von Britannien) in schon lange bestehenden bürgerlichen Nationalstaaten.

So läuft die Stoßrichtung der nationalistischen Reaktion in Westeuropa auf die Massenvertreibung der nichtweißen Bevölkerung hinaus. Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 1995 führte Le Pen, der 15 Prozent der Stimmen bekam, eine Kampagne, drei Millionen nichteuropäische „Immigranten“ „wieder nach Hause zu schicken“. Ein Sieg des Faschismus oder auch nur der Eintritt einer faschistischen Partei in die Regierung in Frankreich oder anderswo wäre noch nicht einmal nötig, um Hunderttausende oder sogar Millionen Immigranten und Flüchtlinge gewaltsam zu

vertreiben, besonders diejenigen, die keine Staatsbürgerrechte besitzen.

In einer historisch analogen Situation wurde während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre die Zahl der ausländischen Arbeiter in Frankreich – hauptsächlich Italiener, Polen und Algerier – um *eine halbe Million* gesenkt, was fünf Prozent der gesamten Arbeiterschaft ausmachte. Manche zogen fort, weil sie keine Arbeit finden konnten, aber viele wurden einfach zusammengetrieben und abgeschoben. Während des ganzen Jahrzehnts förderte die Demagogie gegen Immigranten, besonders gegen jüdische Flüchtlinge aus Nazideutschland und Osteuropa, den französischen Faschismus und andere rechte politische Bewegungen und schuf so die Voraussetzung dafür, daß das Vichy-Regime die Juden in die Todeslager des von den Nazis besetzten Europas deportierte.

Vor über 20 Jahren schrieb unsere Tendenz, als Ressentiments gegen Immigranten wieder einmal zu einem wichtigen Faktor in der westeuropäischen Politik wurden:

„Die Trennungslinie zwischen reformistischem Sozialchauvinismus und proletarischem Internationalismus in Westeuropa muß über die Forderung gezogen werden, daß *alle* ausländischen Arbeiter das Recht auf sofortige und volle Staatsbürgerrechte haben in den Staaten, wo sie arbeiten. Wie jeder jamaikanische oder bengalische ‚Staatsbürger‘ Britanniens bezeugen wird, setzen formale Staatsbürgerrechte nicht automatisch der Unterdrückung von Immigranten ein Ende. Aber die Er kämpfung voller Staatsbürgerrechte für Westeuropas ausländische Arbeiter wäre ein großer Sieg für den proletarischen Internationalismus.“ („West Europe’s Imported Labor: A Key to Revolution“ [Westeuropas importierte Arbeitskräfte: ein Schlüssel zur Revolution], *Workers Vanguard* Nr. 31, 26. Oktober 1973)

In dem gegenwärtigen Klima von politischer Reaktion – das gekennzeichnet ist durch Massenarbeitslosigkeit, die Kampagne zur Demontage des sozialdemokratischen „Sozialstaats“ und die Auswirkungen der Konterrevolution in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion – ist sogar eine formale Staatsbürgerschaft nicht an sich eine Garantie gegen „ethnische Säuberungen“ in Westeuropa. Die Immigrantengemeinden sind immer schärferer rassistischer Un-

Fortgesetzt auf Seite 22

Immigration...

Fortsetzung von Seite 21

terdrückung ausgesetzt – Ghettoisierung, Polizeibrutalität, Faschisten. Europäische Staatsbürger mit dunkler Hautfarbe, die in der Gesellschaft immer mehr ausgegrenzt sind, als Freiwild für gewalttätige Bullen und Rassisten dienen und auf der ökonomischen „Leiter“ ganz unten sind, könnten in den Lebensbedingungen der amerikanischen Schwarzen viel von ihrer eigenen Situation wiedererkennen.

In den USA ist eine zentrale Losung der IKL: „Führt den Bürgerkrieg zu Ende – Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution“. Eine zentrale Losung in Europa ist „volle Staatsbürgerrechte“ für alle Immigranten; sie spiegelt die Tatsache wider, daß die Frage der Immigration grundsätzlich eine demokratische Frage ist, die aber für die proletarische Einheit von strategischer Bedeutung ist. Und heute können demokratische Rechte – z. B. gleiche Rechte für Frauen, nationale Unabhängigkeit für die Kolonien, Rechte für Immigranten und Minderheiten – nur dadurch gewonnen und gesichert werden, daß das Proletariat dafür kämpft, der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen und eine sozialistische Wirtschaft zu errichten in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und jegliche Unterdrückung.

Wie schwarze Amerikaner sind auch die dunkelhäutigen Proletarier Westeuropas nicht einfach schutzlose Opfer, sondern ein sehr wichtiger Bestandteil der Kräfte, die in der Lage sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören. Westindische Transportarbeiter und südasiatische Krankenschwestern in Britannien, nordafrikanische arabische und berberische Autoarbeiter in Frankreich, türkische Bergarbeiter und kurdische Chemiarbeiter in Deutschland werden in einer europäischen proletarischen Revolution eine wichtige Rolle spielen. Diese Arbeiter bilden eine Brücke zu den proletarischen und bäuerlichen Massen in der neokolonialen „Dritten Welt“, ein lebendiges Verbindungsglied einer internationalen sozialistischen Perspektive. Diese Perspektive zu verwirklichen erfordert vor allem den Aufbau revolutionärer Parteien, die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf den Grundsätzen von Lenin und Trotzki.

Immigration und Arbeiterbewegung in Britannien und Frankreich im 19. Jahrhundert

Anders als in Nordamerika entwickelte sich der Handels- und dann der Industriekapitalismus in Europa auf einer

schon existierenden feudalen sozioökonomischen Struktur, die auf der Ausbeutung der Bauernschaft beruhte, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung darstellte. So brachte die industrielle Revolution im größten Teil Europas sozusagen die massenhafte Emigration der bäuerlichen Jugend vom Lande in die Städte mit sich, und nicht die Einfuhr von Arbeitskräften aus anderen Ländern mit völlig anderer Nationalkultur (z. B. Sprache, Religion). Es gab jedoch zwei wichtige und ganz unterschiedliche Ausnahmen: Britannien und Frankreich.

Seit dem 16. Jahrhundert wurde in England die Bauernschaft durch die Entwicklung des Handelskapitalismus in elende Armut gestürzt; dabei ging die Bauernschaft zahlenmäßig in dem Maße zurück, wie Bauern zu Landarbeitern und Handwerksproletariern wurden (z. B. Wolltuchweber, die zu Hause arbeiteten). In England, das eine Vorreiterrolle in der industriellen Revolution hatte, absorbierten die Fabriken, trotz massiven Einsatzes von Kinderarbeit, schon bald die überschüssige einheimische Bevölkerung. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts machte es die Expansion des britischen Kapitalismus erforderlich, daß verelendete Bauern aus Irland, seiner ältesten und nächstgelegenen Kolonie, importiert wurden.

Die irische Einwanderung nach Britannien im späten 19. Jahrhundert hatte in vielerlei Hinsicht, besonders in ihrer politischen Auswirkung, Ähnlichkeiten mit der Immigration aus der „Dritten Welt“ ins heutige Westeuropa. Religiöse Unterschiede – zwischen katholischen Iren und protestantischen Engländern – waren eine gewaltige Barriere für eine Heirat zwischen ihnen, in einer Ära, als die Kirche in den proletarischen Gemeinden eine weitaus wichtigere Rolle spielte als im heutigen Europa. Darüber hinaus erschwerte die koloniale Unterwerfung Irlands nicht nur die Heirat, sondern sogar den sozialen Kontakt zwischen den zwei Hauptbestandteilen des Proletariats in Britannien. Viele englische Arbeiter waren vom imperialistischen Chauvinismus ihrer Herrscher gegen die Iren in hohem Maße angesteckt; gleichzeitig sahen irische Immigranten alle Engländer als Mitglieder der Unterdrückernation.

Karl Marx und Friedrich Engels hielten die Feindseligkeit zwischen Iren und Engländern für einen Hauptfaktor, wenn nicht sogar für den Hauptfaktor, der zur relativen Rückständigkeit der Arbeiterklasse auf den Britischen Inseln beitrug, trotz der Existenz einer gewerkschaftlichen Massenbewegung. In seiner Rede auf der Londoner Konferenz der Ersten Internationale von 1871 sagte Marx:

„Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß zu allen Zeiten zwischen den englischen und den irischen Arbeitern ein sehr starker Antagonismus bestand, dessen Ursachen übrigens sehr einfach aufzuzählen sind. Dieser Antagonismus hatte seinen Ursprung in der Verschiedenheit der Sprache und der Religion, sowie darin, daß die irischen Arbeiter den englischen Arbeitern im Arbeitslohn Konkurrenz machen. In England ist dieser Antagonismus das Hindernis für die Revolution und wird von der Regierung und den herrschenden Klassen geschickt ausgenutzt, die überzeugt sind, daß die englischen mit den irischen Arbeitern durch keine Bande zu vereinen seien.“

Im Jahr darauf verurteilte Engels in einer Rede vor dem Generalrat der Internationale „die unter den englischen Arbeitern nur zu sehr verbreitete Meinung ...“, daß sie, verglichen mit den Iren, überlegene Wesen wären und ebensolche Aristokraten wie jene, für die sich die niederträchtigen Weißen in den Sklavenhalterstaaten den Negern gegenüber hielten“.

Im 19. Jahrhundert blieben die englischen Gewerkschaften weiterhin der bürgerlichen Liberalen Partei politisch untergeordnet, während die irischen Werktätigen unter der Vorherrschaft kleinbürgerlich-nationalistischer Bewegungen

SPARTAKIST EK 3

(in türkischer Sprache)

Doğu Berlin'den
Taşkent'e Kadar:
Kapitalist Karşı-devrim
Kadını Ayaklar
Altına Alıyor

Aşağıdaki makale ilk kez,
(Dördüncü Enternasyonalist)
Enternasyonal Komünist
Ligası'nın Amerika seksiyonu
olan Spartakist Ligası/
ABD'nin Kadın Komisyonu
tarafından çıkarılan *Women
and Revolution* (Kadın ve
Devrim) dergisinin ilkbahar/
Yaz 1993 tarihli 42. sayısında
yayınlanmıştır.

16 Sayfa, DM 1,-

Isteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin

Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



blieben. Erst Anfang dieses Jahrhunderts entwickelte sich eine allerdings reformistische Partei der britischen Arbeiterklasse, die Labour Party. Es ist vielleicht kein historischer Zufall, daß die Labour Party Anfang der 20er Jahre zur hegemonialen Partei der britischen Arbeiterklasse wurde, zur gleichen Zeit, als Irland seine Unabhängigkeit von Britannien erlangte, allerdings unter Abtrennung der nördlichen Grafschaften namens Ulster. Dennoch blieb die Irische Republik eine relativ verarmte Neokolonie Britanniens, die Arbeitskräfte in die Fabriken und auf die Baustellen Londons und Mittelenglands exportierte. Bis zum heutigen Tag schlachten die britischen oberen Klassen weiter den Antagonismus zwischen englischen und irischen Werktätigen geschickt aus, als Hindernis für die Kräfte der sozialen Revolution.

In Frankreich zerstörte die radikale bürgerlich-demokratische Revolution von 1789–93 praktisch den aristokratischen Großgrundbesitz und brachte eine zahlreiche und fest etablierte Klasse von Kleinbauern hervor. Die im europäischen Vergleich ungewöhnlich niedrige Geburtenrate im Frankreich des 19. Jahrhunderts reduzierte weiter das Angebot an überschüssigen Arbeitskräften, die für die Entwicklung einer kapitalistischen Industriewirtschaft notwendig waren. Zu Beginn der industriellen Revolution unter dem Zweiten Kaiserreich von Louis Napoleon (1850–70) entschied sich die französische herrschende Klasse bewußt für den groß angelegten Import von Arbeitskräften aus anderen Ländern. Angesichts ihrer sehr wohl begründeten Angst vor einer sozialen Revolution wollten sie die traditionellen Bauerndörfer unter der Vorherrschaft des jeweiligen Dorfpfaffen als Hochburgen des gesellschaftlichen und politischen Konservatismus erhalten.

Deshalb setzte sich die Arbeiterklasse in Frankreich zum großen Teil aus Immigranten aus Italien, Spanien, Belgien, Süddeutschland und, etwas später, Polen zusammen. In bestimmten Zeiten übertraf das Ausmaß der Immigration sogar das der USA. Viele Mitglieder und Anhänger der Nationalen Front wären heute keine Franzosen, wenn Le Pens Programm auf ihre Großväter und Urgroßväter angewandt worden wäre!

Bis zu den 30er Jahren wurde die Masse dieser weißen, hauptsächlich katholischen Immigranten durch weit verbreitete Heirat mit Franzosen innerhalb einer einzigen Generation assimiliert. Eine Reihe von Faktoren trug zu dieser Entwicklung bei, die in der Geschichte des europäischen Industriekapitalismus einzigartig ist. Zum einen kam die überwiegende Mehrheit der Immigranten aus Ländern, die wie Frankreich traditionell katholisch waren. Auch waren diese Länder keine französischen Kolonien oder Halbkolonien. So gab es Ende des 19. Jahrhunderts keinen schon lange bestehenden politischen Antagonismus zwischen italienischen eingewanderten Arbeitern und Franzosen, wie es ihn damals zwischen irischen Immigranten und Engländern gab oder im heutigen Frankreich zwischen Algeriern und Franzosen gibt.

Eine Politik der Assimilation wurde auch durch die Bourgeoisie stark gefördert. 1889, im Jubiläumsjahr der Revolution, gewährte ein neues Gesetz allen, die in Frankreich ge-



Illustrated London News

Irische Emigranten verlassen ihr Herkunftsland Mitte des 19. Jahrhunderts. Chauvinistische Vorurteile gegen eingewanderte irische Arbeiter unterminieren die Entwicklung von Klassenbewußtsein der britischen Arbeiterklasse

boren waren, automatisch die Staatsbürgerschaft. Zwar war dieses Gesetz sicher objektiv fortschrittlich, doch seine Verfasser waren keineswegs durch liberal-demokratische Ideale motiviert. Konfrontiert mit dem neuen, mächtigeren und einwohnerstärkeren Zweiten Deutschen Reich wollte die französische herrschende Klasse die Söhne von italienischen und spanischen Immigranten zum Wehrdienst in der Armee verpflichten.

Trotzdem stärkte der kosmopolitische Charakter der Arbeiterklasse in Frankreich die Kräfte der Linken. Dies wurde deutlich durch die Dreyfus-Affäre Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als die fingierte Anklage gegen einen jüdischen Armeeeoffizier durch eine antisemitische Verschwörung im Generalstab zu einer scharfen Links-rechts-Polarisierung führte, die bis an den Rand eines Bürgerkriegs ging. Eine heroische und effektive Rolle bei der Verteidigung von Dreyfus spielte der berühmte Schriftsteller Emile Zola, dessen Vater ein italienischer eingewanderner Ingenieur und dessen Mutter Französin war.

[WIRD FORTGESETZT]

SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25

Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38
DM 10,- (164 Seiten)

Außerdem erhältlich:
**The Norden „Group“:
Polymorphous
Opportunism**
Enthält das Bulletin der
Norden-„Gruppe“ vom
Juli 1996 und eine
Einleitung
(auf englisch)
DM 8,- (96 Seiten)

Zu beziehen über die
Redaktionsadresse

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Section der Internationalen Kommunistischen Liga (Marx Internationalisten)

Diskussionsbulletin

Die nachsozialistische Periode und
zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

Nordens „Gruppe“: Verschämter Abschied vom Trotzismus

Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38,
herausgegeben vom Internationalen Sekretariat der IKL

DM 10,-
Preis für die
IKL 10,-
DM 10,-
DM 10,-

SPARTAKIST

Immigration und die rassistische „Festung Europa“



AP/Jacques Brillon

Gewerkschaftskontingente nehmen an Pariser Spontandemo in Solidarität mit Immigranten teil, deren Fluchtburg in der Kirche St. Bernard Ende August von den Bullen gestürmt wurde

Der nachstehende Artikel erschien zuerst in Spartacist (französische Ausgabe Nr. 29, Sommer 1996), wo er als Einleitung zu dem Artikel „In Verteidigung des revolutionären Integrationsismus“ (ursprünglich erschienen in Spartacist, englische Ausgabe Nr. 49/50, Winter 1993/94) veröffentlicht wurde. Unsere Übersetzung erfolgte aus der leicht redigierten englischen Fassung.

In der modernen Geschichte waren lange Zeit die USA das einzige fortgeschrittene kapitalistische Land mit einer großen unterdrückten Minderheit, die durch ihre Hautfarbe definiert ist. Die berühmte und einflußreiche Studie des

Teil eins von zwei

schwedischen Sozialdemokraten Gunnar Myrdal aus den 40er Jahren über die Schwarzen in den USA trug den Titel *Ein amerikanisches Dilemma*. Europäische Sozialdemokraten und Liberale nahmen eine Haltung der moralischen Überlegenheit gegenüber dem Rassismus gegen Schwarze und der Segregation (Trennung von Schwarzen und Weißen)

in den USA an, als ob die Gesellschaft in ihren eigenen Ländern gegen solche abscheulichen Vorurteile und Praktiken immun wäre.

Heute gehört es zum Alltag, daß von Süditalien bis Norddeutschland Menschen dunklerer Hautfarbe – eingewanderte Arbeiter und ihre Kinder, Flüchtlinge von Bürgerkriegen und kommunalistischen Massakern in der „Dritten Welt“ – von faschistischen Banden oder von der Polizei getötet werden. Das kulturelle Ereignis von 1995 in Frankreich war der Film *La haine*, der 24 Stunden im Leben von drei entwurzelten jungen Männern, Immigranten der zweiten Generation, darstellt, die zusammen herumhängen: ein osteuropäischer Jude, ein nordafrikanischer Araber und ein westafrikanischer Schwarzer. „Ein Araber in einem Polizeirevier überlebt keine Stunde“, bemerkt einer von ihnen wie eine Selbstverständlichkeit. Es ist bezeichnend, daß der Begriff „Immigranten“ routinemäßig auch für diejenigen gebraucht wird, die in Frankreich geboren und französische Staatsbürger sind.

Im letzten Jahrzehnt sind große faschistische Parteien, *Fortgesetzt auf Seite 20*

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!